

## Wir müssen den Geist der Gesellschaft verändern!

Diana Liberova

Das Thema „Facetten der interkulturellen Öffnung“ der Verwaltungen beschäftigt die öffentlichen Institutionen schon seit Jahren. Viele reden von der interkulturellen Öffnung – doch meinen sie alle dasselbe? Wer soll sich öffnen? Warum? Wer war vorher verschlossen?

Bei genauerem Beobachten rücken zwei Komponenten dieser „Öffnung“ in den Focus der Diskussion – die Entwicklung der interkulturellen Handlungskompetenzen bei der Verwaltung (Handlungskompetenz) und die Steigerung der Anzahl an Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst (Partizipation).  
*Fortsetzung auf Seite 2*



Mitglieder des Integrationsrates und seiner Geschäftsstelle im Rathaus

Foto: José Llorens

### Grußwort des Oberbürgermeisters



Liebe Leserinnen und Leser,  
den „Facetten der interkulturellen Öffnung“ war die zweite Nürnberger Integrationskonferenz im April 2012 gewidmet. Mit dem Titel dieser – sehr anregenden und gut besuchten – Veranstaltung haben wir eine derzeit spürbare Veränderung in der gesellschaftlichen Wahrnehmung aufgegriffen, die auch Auswirkungen auf das konkrete Zusammenleben hat. Lange Zeit betonten Worte wie „Gastarbeiter“ und „Ausländer“ die Abgrenzung zwischen hier lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft und stellten verschiedene Gruppen gegenüber – die „Einheimischen“ und die „Zugewanderten“. Zwischenzeitlich hat sich dagegen mehr und mehr der Begriff „Integration“ durchgesetzt: Er unterstreicht das Ziel eines Miteinander in einer gemeinsam von Menschen verschiedener Gruppen gestalteten Gesellschaft. In diesem Geist der gleichberechtigten und aktiven Teilhabe aller in Nürnberg lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Nationalität, ob sie hier oder andernorts geboren und aufgewachsen sind oder welche Muttersprache sie sprechen, haben wir in Nürnberg unsere „Leitlinien der Integrationspolitik“ und das „Integrationsprogramm“ erarbeitet. So verstehen wir bis heute in bester Absicht und – davon bin ich überzeugt – mit beachtlichem Erfolg das Wort „Integration“. Nicht zuletzt trägt der „Rat für Integration und Zuwanderung“ als gewählte politische Vertretung der Nürnbergerinnen und Nürnberger mit Migrationshintergrund wesentlich dazu bei, dass „Integration“ in unserer Stadt für eine aktive, selbstbewusste Beteiligung aller steht.

So wie sich Gesellschaften weiterentwickeln, verändern sich aber auch Wortbedeutungen. In letzter Zeit regt sich auch Kritik am Begriff „Integration“ bezogen auf Menschen mit Migrationshintergrund, und ich kann die Einwände durchaus nachvollziehen: Zum einen schwingt oft ein Unterton mit, der die „zu Integrierenden“ auf mögliche Defizite reduziert und sie – durchaus gut gemeint – mit fürsorglicher Unterstützung belagert. Auch wenn besondere Angebote dort nötig und sinnvoll sind, wo objektive Benachteiligungen bestehen, dürfen sie nicht künstlich Barrieren aufbauen und Unterschiede zwischen „Menschen mit“ und „Menschen ohne“ Migrationshintergrund zementieren. Diese Gegenüberstellung unterschiedlicher Gruppen, von denen sich eine durch besondere Anstrengungen in die so genannte Mehrheitsgesellschaft einzugliedern hätte, begreift den gesellschaftlichen Wandel als Einbahnstraße und unterstellt, dass es eine in sich homogene Aufnahmegesellschaft ebenso wie einheitliche, in sich geschlossene Gruppen von Zugewanderten überhaupt gibt.

Ein Blick auf die Realität einer Großstadt wie Nürnberg im 21. Jahrhundert entlarvt dieses Bild schnell als grobe Vereinfachung, die der großen gesellschaftlichen Vielfalt nicht gerecht wird. Menschen unterscheiden sich nach Herkunftssprachen und Bezugsländern, ebenso aber nach Lebensentwürfen, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung, ihrem sozialen, Bildungs- und Gesundheitsstatus, ihrem beruflichen und persönlichen Engagement, ihren Kompetenzen, Wertvorstellungen und Präferenzen. Die ganz individuelle Kombination der verschiedenen Merkmale und Vorlieben macht Menschen einzigartig und verbietet die schematische Unterscheidung in „Wir“ und „Die“.

Die Herausforderung an Politik und Gesellschaft ist deshalb nicht (mehr) nur der Ausgleich zwischen abgrenzbaren Gruppen, sondern die komplexe Gestaltung des Zusammenlebens in Vielfalt. Interkulturalität, so verstanden, ist ein permanenter Prozess, eine Öffnung der Gedanken und Haltungen jedes und jeder Einzelnen ebenso wie der Institutionen, Organisationen und Strukturen. Der Autor Mark Terkessidis nennt das „interkulturelle Alphabetisierung“: Wir alle müssen uns verändern, letzte Bastionen des „Unter-uns-Seins“ aufgeben und die Vielfalt wirklich als Chance begreifen, um so das Versprechen einer gerechten, gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen in der solidarischen Stadtgesellschaft gemeinsam einzulösen.

*U. Maly*  
Dr. Ulrich Maly

## Facetten der interkulturellen Öffnung der Verwaltung

Adam Zurawel

In vielen bayerischen Städten und Gemeinden findet eine Auseinandersetzung mit dem Gedanken der interkulturellen Öffnung der Verwaltung statt. Dies gilt insbesondere auch für die Stadt Nürnberg, wo über 40 % der hier wohnenden Menschen einen Migrationshintergrund haben. Mit der Thematik der interkulturellen Öffnung der Verwaltung beschäftigt sich auch die Arbeitsgruppe der Nürnberger Stadtverwaltung, die am 8. Dezember 2011 einen Bericht für die Sitzung der Integrationskommission vorgelegt hat.

Liest man den Bericht aufmerksam, so wird deutlich, in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf für die interkulturelle Öffnung der Nürnberger Verwaltung besteht. Der 8 Seiten umfassende Bericht beschreibt ausführlich die interkulturelle Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Nürnberg. Die Thematik einer verstärkten Beschäftigung von qualifizierten Mitarbeitern/innen mit Migrationshintergrund wird hingegen lediglich mit zwei Sätzen abgehandelt. Damit muss die Frage aufgeworfen werden, warum diese Thematik in der Stadt Nürnberg, in der 2 von 5 aller Bewohner eine Zuwanderergeschichte haben, so stiefmütterlich behandelt wird. Sicher ist es erforderlich, dass Mitarbeiter/innen für den Umgang mit kultureller Vielfalt fit gemacht werden. Genauso

wichtig sind aber auch die Bemühungen, dass sich die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft in unseren eigenen städtischen Strukturen widerspiegelt. Dies wird nicht oder nur halbherzig verfolgt und stellt ein großes Defizit des Projekts der interkulturellen Öffnung der Verwaltung dar.

In diesem Zusammenhang hört man oft den Einwand, Menschen mit Migrationshintergrund dürften nicht bevorzugt werden, weil dies rechtlich unzulässig sei. Es wäre in der Tat ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, wenn jemand nur wegen seiner Abstammung oder seiner Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden würde, ohne dass er beruflich besser qualifiziert wäre. Der Gleichheitsgrundsatz erlaubt aber sehr wohl, dass ein Bewerber mit Migrationshintergrund bevorzugt eingestellt werden kann, wenn er etwa wegen seiner Fremdsprachenkenntnisse besonders geeignet ist. Ein entscheidender beruflicher Pluspunkt kann beispielsweise auch die interkulturelle Kompetenz sein.

Die angestrebte interkulturelle Öffnung wird nur dann gelingen, wenn sich die Verwaltung nicht nur nach außen für, sondern auch von innen heraus durch Menschen mit Migrationshintergrund öffnet.

## Rechte Gewalt als Gefahr

Diana Liberova

**Rechte Gewalt wird endlich als Gefahr erkannt und hat im letzten Jahr den Einzug in die Debatte um die Integration gefunden. Das Aufdecken der NSU-Terrorzelle ist der Grund dafür, dass wir die rechte Gewalt ernst nehmen und heute bei so gut wie jeder Veranstaltung zum Thema Integration auch über die wachsende Ausländerfeindlichkeit sprechen. Bisher war dies noch nicht Teil der Integrationspolitik gewesen, doch dies müsste es sein bzw. werden.**

Die rechtsextreme Einstellung an sich ist jedoch kein besonderes Phänomen der „Deutschen“. Zu diesen Ideologien gehören neben der Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus auch die Islamfeindlichkeit, aber auch der islamische Fundamentalismus oder der russische Chauvinismus. Eigentlich sind alle religiösen und nationalistischen Fundamen-

talismen antidemokatisch und reaktionär. Alle diese Ideologien sind für das Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft, die wir anstreben, gefährlich und hinderlich. Menschenfeindlichkeit und menschenverachtende Ideologien dürfen auch in Deutschland nicht geduldet werden. In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Deswegen sollten die Organisationen und Parteien, welche rechtsextremistische Ideologien verbreiten, in Deutschland verboten werden.

An erster Stelle gehört zu diesen Organisationen die NPD, aber auch die Nürnberger „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die mit menschenverachtenden Plakaten die Integrationsbemühungen angreift.

Warum? Weil oben hängende Plakate mit ausländerfeindlichen Äußerungen unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung geduldet werden. Diese „Kleinigkeiten“ zeigen die Stimmung in dem Land, in dem von Toleranz gesprochen wird, ohne diese oft selbst zu leben. Wir leben in einer Gesellschaft, welche die rechte Ideologie oft in den Medien duldet und das nicht mal merkt.

In den letzten Wochen konnte man in Nürnberg über einen Anwohner-Aufstand gegen

eine Moschee lesen. Dass so eine Diskussion überhaupt auftaucht und über mehrere Tage eine gewisse Tageszeitung beschäftigt, die auch viele Menschen lesen, beweist, dass wir leicht für rechte Ideologien zu begeistern sind. Wir leben in einer Zeit, in der Rassismus alltäglich ist. Im April hat uns ein Fall eines Mieters beschäftigt, der aus seiner Wohnung herausgekettet werden sollte. Er wurde bedroht und rassistisch beleidigt. Und er muss von Glück reden, dass er eine Nachbarin hat, die sich für ihn einsetzt. Dies passiert nicht oft, dass man solche Nachbarn hat. Doch das wäre wünschenswert. Wir sollten aufhören uns zu fragen, was mit uns passiert, wenn wir uns einsetzen. Wir müssen die Solidarität in der Gesellschaft wieder entdecken.

Wenn wir uns diese Frage nicht stellen, werden wir es nie lernen, eine offene und tolerante Gesellschaft zu werden. Wenn wir Angst haben, dann kennen wir keine Freiheit und ohne diese gibt es keine Demokratie.

Damit kommen wir zu dem Thema, welches das letzte Jahr und auch den Anfang dieses Jahres geprägt hat, zu der Neonazi-Mordserie. Es wurden Menschen ermordet, weil sie anders aussehen, anderen ethnischen Ursprungs waren, eine andere Religion hatten. Und es wurden an türkischstämmige Menschen in Nürnberg Drohbriefe verschickt. Ein Freund erzählte mir, dass er während einer Demo in Nürnberg darauf angesprochen wurde, dass doch nichts Schlimmes passiert sei – „ist halt einer weniger geworden.“ Wir haben mit unserer verfehlten Integrationspolitik, die darauf setzt, dass alle sich „anpassen“, komplett die gesellschaftliche Entwicklung verfehlt, denn die Gesellschaft interessiert sich nicht dafür, wie gut oder schlecht man Deutsch redet. Man muss sich auch heute immer wieder anhören, dass die Mitmenschen zunächst wissen wollen, welche Nationalität ich habe und wo ich denn her komme. Und das müssen sich auch andere anhören – diejenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Solange dies so ist und wir uns für unser Aussehen rechtfertigen müssen, werden keine Integrationskurse für die Zugewanderten die Integration schaffen. Überhaupt ist die Integration nicht die Aufgabe der Kurse, sondern die der Gesellschaft, die eigentlich einen Crashkurs in Offenheit braucht.

Integration ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft.



Aktion „Frei von Furcht in Deutschland leben“ zum Gedenken an die Neonazimorde, am Tag der Menschenrechte nehmen ca. 2000 Personen an der Licherkeette teil.

Foto: Lothar Mantel

Bildrechte: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg

Fortsetzung von Seite 1

## Wir müssen den Geist der Gesellschaft verändern!

Aus meiner Sicht ist das bisher auf diesem Feld Geschehene noch nicht ausreichend. Zu einer Interkulturellen Öffnung gehört auch die Bereitschaft anzuerkennen, dass unsere Gesellschaft vielfältig geworden ist, aber auch die Tatsache, dass wir, Menschen mit Migrationshintergrund, nicht mehr nur von den Anderen „integriert“ werden, sondern aktiv zu der Gestaltung unseres Lebens in unserem Deutschland, dem Land in dem wir leben, beitragen sollen und wollen. Wir sollen anerkennen, dass wir auch mit Grundkenntnissen der deutschen Sprache dazu gehören, dass es kein „Handicap“ ist, noch nicht perfekt zu sein, was wir immer wieder auch selber für eines halten. Wir sind ein Teil dieses Landes, dieser Gesellschaft und dieser Stadt und sollen sie mitgestalten.

Am Beispiel der Schule kann man beobachten, dass von den Kindern von klein auf erwartet wird, ihre Muttersprache und ihre Kultur „Zuhause“ zu lassen und in der Schule nach klar vorgegebenen Denk- und Handlungsmustern lernen zu funktionieren. Sie sollen „Alltagswissen“ mit dem „Bildungswissen“ verknüpfen, oft an den Stellen, wo sie ein anderes „Alltagswissen“ haben (z.B. Hasen und Ostern). Unsere Realität mit unterschiedlichen Muttersprachen muss zum Alltag der Schulen und zu einer Normalität werden. Das nenne ich „Interkulturelle Öffnung“. Wir sollen aufhören, Rassismus durch einen vermeintlichen Migrationshintergrund zu vertuschen. Wenn in einer Schule gesagt wird: „Wir haben 80% Kinder mit Migrationshintergrund“, bedeutet es heutzutage

oft, dass man dort Probleme hat. Migrationshintergrund ist aber kein Grund für den schlechten Zustand der Schulen, sondern die Einstellung, der die Eltern und die Kinder begegnen – „Wenn du einen Migrationshintergrund hast, dann brauchst du Förderung.“ Dieser Automatismus ist diskriminierend. Die Interkulturelle Öffnung beschreibt den Ton, mit dem wir unseren Mitmenschen begegnen – und die kommunalen Behörden müssen es noch lernen, wie man Menschen begegnet, die vielleicht nicht perfekt deutsch sprechen. Ein Vereinfachen der Sprache auf Einzelwörter ist der falsche Weg. Nicht mal mit dem Hund wollen wir so reden „Hund Stock holen...“. Für die Menschen soll der Ton auch anders sein. Wir müssen den Geist der Gesellschaft verändern!

Interkulturelle Öffnung bedeutet, den anderen das Recht zu geben, anders sein zu dürfen und dies ohne dieses „Anderssein“ sofort zu verurteilen. Die NSU-Mordserie hat uns erneut gezeigt, was passiert, wenn man die Menschenwürde nicht ehrt und die Menschenrechte nicht versteht. Wir sollen, als Stadt des Friedens und der Menschenrechte, die Potenziale der Menschen sehen und ehrliches Interesse an den Menschen entwickeln. Wir sollen sie mit Würde behandeln und dieses Konzept der Würde soll der Schwerpunkt unserer interkulturellen Öffnung werden. Die Kompetenz der Zukunft soll Interesse am Anderen heißen und diese gilt es ein Leben lang zu entwickeln. Interkulturelle Öffnung ist ein Prozess und ein ständiges Lernen.

## Schülern eine Heimat geben

Dr. Klemens Gsell



Nürnberg war und ist von je her international und interkulturell. Das war die Stadt nicht nur als europäisches Handelszentrum in der Vergangenheit, sondern ist es auch heute als pulsierende Metropole mit über einer halben Million Einwohnern und verschiedenen Ethnien, Religionen und Sprachen. Dies wird vor allem deutlich, wenn man bedenkt, dass nahezu jede zweite Nürnbergerin bzw. jeder zweite Nürnberger unter 19 Jahren Migrationserfahrung hat bzw. nicht in Besitz eines deutschen Passes ist.

Ein Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen kann in einer Gesellschaft jedoch nur funktionieren, wenn jeder Einzelne von klein auf an ihr teilhaben kann und ein Verständnis für die Unterschiedlichkeit und Individualität anderer aufbringt.

Die Aufgabe der Schule muss es deshalb sein, einerseits allen Schülerinnen und Schülern eine gute Schulbildung zu ermöglichen, denn von einer möglichst hochwertigen Schul- und Berufsausbildung und den damit verbundenen Bildungsabschlüssen profitiert nicht nur der Einzelne selbst, sondern auch die Stadtgesellschaft und die heimische Wirtschaft. Andererseits ist es das erklärte Ziel, die Kinder und Jugendlichen in der Stadt bereits frühzeitig zu einem toleranten und respektvollen Umgang miteinander zu erziehen.

Zugegeben: Die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in der Stadt haben zwar Migrationshintergrund, an den weiterführenden Schulen, also den Gymnasien und Realschulen sind diese aber, wenn auch mit steigender Tendenz mit jeweils gut 15 % unterrepräsentiert.

Die Stadt Nürnberg hat diesen Handlungsbedarf bereits vor Jahren erkannt und es sich deshalb mittels zahlreicher Angebote für Schülerinnen und Schüler, aber auch deren Eltern und Lehrkräfte zur Aufgabe gemacht, die individuellen Begabungen zu fördern, Förderbedarfe zu erkennen und unterstützend zu wirken.

Sicherlich gehört dazu auch der sichere Umgang mit der deutschen Sprache als Basis zum erfolgreichen Besuch eines Gymnasiums oder einer Realschule. Neben der Sprachförderung in der Vorschule durch Deutsch 240, der Grundschule, qualifiziert die Stadt Nürnberg deshalb im Rahmen von „Mehr Schulerfolg an Realschulen und Gymnasien“ (MSRG) Lehrkräfte in Deutsch als Zweitsprache (DaZ) weiter. Diese sollen so besser auf die Bedürfnisse von Kindern mit Schwierigkeiten im Sprachverständnis eingehen können. Zum Abbau von Sprach- und Verständnisschwierigkeiten im Elternhaus bietet das Pädagogische Insti-

tut der Stadt mit dem Nürnberger Elternbüro für Schulerfolg und Teilnahme NEST und den Deutschkursen für Eltern im Rahmen von ELDS – Eltern lernen Deutsch an Schulen weitere wichtige Unterstützungsangebote. Hinzukommen zahlreiche Bildungsangebote für Lehrkräfte, die vor allem das Verständnis für die Individualität der unterschiedlichen Kulturen fördern sollen. So sind u.a. Fortbildungen aus dem Bereich der interkulturellen Bildung fester Bestandteil der Führungskräftefortbildungen im Schulbereich. Zudem bemüht sich die Stadt durch die Organisation des „Schülercampus Bayern: Mehr Migranten werden Lehrer“ bereits bei der Nachwuchsgewinnung darum, mehr Lehrkräfte mit Migrationserfahrung für städtische Schulen zu gewinnen.

Die Stadt Nürnberg kümmert sich aber nicht nur um die Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Familien in Nürnberg leben. Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte steht Nürnberg auch in der Verantwortung gegenüber Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die oftmals alleine als Flüchtlinge nach Nürnberg kommen. So besuchen im Schuljahr 2011/12 280 Schülerinnen und Schüler im Rahmen des vom Kultusministerium genehmigte Modellprojekts „Berufsvorbereitungsjahr zu Sprachintegration“ ohne Deutschkenntnisse und oftmals mit nur wenig Schulerfahrung spezielle Sprachlernklassen an Nürnberger Berufsschulen. Die meisten von Ihnen stammen aus Kriegs- und Krisengebieten wie Afghanistan, dem Irak oder aus Somalia. Am Ende der zweijährigen Schulzeit haben diese Schüler, die zu einem Viertel als Analphabeten nach Deutschland kommen und zunächst das Lesen und Schreiben lernen müssen bei entsprechenden Leistungen die Möglichkeit einen erfolgreichen oder qualifizierenden Hauptschulabschluss zu erwerben. Für die leistungsfähigen und hochmotivierten Flüchtlinge, die in Deutschland bleiben dürfen, wird im Anschluss an die Sprachlernklassen vor allem an den städtischen Berufsfachschulen der Grundstein für eine erfolgreiche berufliche Integration in ihrer neuen Heimatstadt Nürnberg gelegt.

## Kunst als Weg der Integration

Viktorija Dinges



Integration bedeutet das Verschmelzen der Zuwanderer mit der Gesellschaft, in welcher sie leben.

Seit Jahrzehnten leben in Deutschland die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, die auch in unterschiedlichen Bereichen, ob das die Schule, die Arbeit oder eine gesellschaftliche Institution ist, für ihre Zukunft und Existenz Schulter an Schulter kämpfen. Auch dort, wo Zusammenleben im Schul- oder Arbeitsalltag recht gut funktioniert, in privaten Beziehungen gibt es immer noch große Probleme, denn eine gelungene Integration bedeutet nicht nur, eine entsprechende Leistung in die Gesellschaft einzubringen, sondern auch die inneren Werte zu schätzen und zu verstehen. Jeder bemüht sich, den eigenen Weg der Integration zu finden. Zum Beispiel auch als Künstler.

Vladimir Karius, der als Spätaussiedler nach Deutschland kam, lebt seit 2002 in Deutschland. Genauso wie tausende andere in Russland lebende deutsche Familien litt auch seine Familie während des Stalin-Regimes unter schwersten Repressionen. Sein Vater wurde 1941 aus dem Wolgagebiet nach Sibirien deportiert und in die sogenannte Arbeitsarmee („Trudarmee“) einberufen. Seine Mutter war während des Zweiten Weltkrieges zuerst in der Ukraine unter der deut-

schen Besatzung, dann nach Deutschland geflüchtet und von der Roten Armee zurück geschleppt und nach Sibirien deportiert worden, wo sie 1956 starb.

Vladimir wurde im sibirischen Barnaul geboren, erlernte den Beruf des Diamantenverziers und studierte Architektur. Er arbeitete als Dekorateur und industrieller Formgestalter. Seitdem er in Deutschland lebt, gibt er die Hoffnung, den Weg zu seinem Beruf zu finden, nicht auf. Er versucht seine Kreativität weiterhin umzusetzen. Seine Werke zeigte er bereits mehrmals bei unterschiedlichen Ausstellungen. Am liebsten arbeitet er mit Holz und Stein. „Als gelernter Architekt“, sagt Vladimir, „zieht es mich zu dreidimensionalen Formen, zu Kunst, die man anfassen kann.“ Oft lässt er Holz- oder Steinplastiken mit Ma-



Bemalte Steinplastik von Vladimir Karius Foto: privat

lerei zu einer kreativen Einheit verschmelzen. In seiner Natur lebende Vielfalt und Experimentierfreude geben dem Stein, dem Holz und der Farbe ein zweites Leben. Die Wurzelplastik ist für den Künstler etwas Besonderes. Das sind immer nur einmalige Objekte, die nie wiederholt werden.

Die Kunst ist für Vladimir Karius der schönste Weg der Integration, weil die Sprache der Kunst von jedem verstanden wird.

## Theaterprojekt „Ansichtssache“



Andja Skojo, Antonio Fernandez und Cooper Thompson (rechts im Bild) vom Integrationsrat erzählten wie sie nach Deutschland kamen; die Schülerinnen und Schülern der PreißlerSchule entwickelten daraus das Theaterprojekt „Ansichtssache“ (Leitung: Jean-Francois Drozak, links im Bild), Foto: Muhitin Arslan

## Wer entscheidet über „Sprachkompetenz“?

Cooper Thompson

*Im Herbst 2011 nahm ich an einer Podiumsdiskussion über Integration teil. Einer der Sprecher, ein Deutscher, der seine politische Partei im Rahmen der Integrationspolitik repräsentiert, berichtete den Zuhörern, „Es ist untragbar, dass Einwanderer nicht Deutsch lernen und fortfahren ihre Muttersprache zu sprechen. Ich erwarte von ihnen, dass sie Deutsch wie ein Muttersprachler sprechen.“*

Als ich das hörte, wurde ich zornig. Obwohl ich dem zustimme, dass Zuwanderer Deutsch sprechen sollten, ist die Erwartungshaltung, dass erwachsene Zuwanderer „wie ein Einheimischer sprechen“ oder aufhören sollten, ihre Muttersprache zu sprechen, unzumutbar. Es ist fast unmöglich für einen Erwachsenen, der Deutsch lernt, die Sprache wie ein Einheimischer zu verwenden.

### Eine zweite Sprache zu erlernen ist ein schwieriger und lang andauernder Prozess

Wenn jemand eine zweite Sprache als Kind lernt, dann ist es gut möglich, dass er auch wie ein Einheimischer klingt: er wird die Sprache wie ein Einheimischer verwenden und einen Akzent haben, der dem der in dieser Region Einheimischen entspricht.



Cooper Thompson mit Dana Karim am Infostand des Integrationsrates beim Gostenhofer Stadtteilfest 2011  
Foto: Integrationsrat

Deutsche Muttersprachler wissen anscheinend nicht, wie schwierig es ist, eine neue Sprache zu lernen. Sie verstehen nicht, wie schwer die meisten Zuwanderer daran arbeiten, Deutsch zu lernen und dennoch lernen sie Deutsch! Anstatt zu versuchen, die Erfahrung der Zuwanderer zu verstehen, geben sie ihnen dafür die Schuld, dass sie Deutsch nicht wie Muttersprachler beherrschen.

Ich musste die Veranstaltung verlassen, ehe ich die Gelegenheit hatte, ihm einige Fragen zu stellen. Ich hätte aber folgendes gefragt: „Was verstehen Sie genau unter „Muttersprachler“? Meine Schwiegermutter, die „Oberpfälzisch“ spricht? Jemand aus Hannover? Eine Frau Professor an der Uni? Oder jemand wie Sie, der mit einem fränkischen Akzent spricht?“

Deutsch zu lernen ist der Kern der Integrationspolitik. Die Muttersprachler entscheiden über die politischen Vorgehensweisen so auch wie über die meisten Aspekte der Integrationspolitik. Wenn Zuwanderer daran scheitern, wie Einheimische zu sprechen, dann geben ihnen Politiker die Schuld daran, sich nicht zu integrieren. Stattdessen sollten sie die Zuwanderer selbst fragen, was für eine Art von Unterstützung sie wollen, um den Wissensstand im Deutschen zu erreichen, den sie wirklich brauchen.

In diesem Artikel werde ich einige Informationen über die Erfahrung, eine zweite Sprache zu lernen und zu verwenden, unterbreiten. Meine Bemerkungen beruhen auf meiner persönlichen Erfahrung, Deutsch zu lernen, auf den Erfahrungen anderer Zuwanderer und der Arbeit vieler Menschen im Bereich der Second Language Akquisition SLA = Erwerb/Erlernen einer zweiten Sprache/Fremdsprache. Am Ende dieses Artikels werde ich einige Vorschläge dafür machen, wie man die Frage „Wer entscheidet über Sprachkompetenz?“ beantworten könnte.

Aber wenn jemand eine zweite Sprache als Erwachsener lernt, ist es beinahe unmöglich, wie ein Einheimischer zu sprechen, und das Erlernen des Grundwissens von noch einer Sprache kann einen riesigen Aufwand an Energie beanspruchen/kosten. Es dauert oft Jahrzehnte, den Stand eines Muttersprachlers zu erreichen.

Der Vorgang des Deutschlernens ist für jeden Zuwanderer unterschiedlich. Es gibt kein „Einheitsmaß“. Deutsch lernen ist nicht das gleiche wie in den Unterricht zu gehen, zu lernen und eine Prüfung zu bestehen. Integrationsunterricht könnte einigen Menschen helfen, aber andere erlernen die Sprache so, indem sie hier leben. Ich kenne Zuwanderer, die Deutsch sprechen und niemals einen Deutschkurs besucht haben und andere wiederum, die Kurse besuchten und niemals viele Fortschritte im Deutschen machten.

### Der Zusammenhang wirkt sich auf unsere Fähigkeit aus eine 2. Sprache zu verwenden

Ich könnte vielleicht in der Lage sein, Belangloses mit einem Nachbarn zu reden oder mich mit Kollegen in der Arbeit zu unterhalten, aber ich würde womöglich nicht in der Lage sein, meine Sorgen im Ausländeramt zum Ausdruck zu bringen, wo man von mir erwartet, dass ich Beamtedeutsch verstehe und spreche. Oder ich könnte wahrscheinlich das Gefühl haben, zu einem Stadtteil zu gehören oder zu einem Verein, in dem ich Mitglied bin und respektiert werde, aber in einer Kneipe oder in irgendwelchen anderen Gegenden Deutschlands nicht willkommen zu sein, wenn ich der einzige Ausländer bin und es dort eine ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit gibt. All diese Faktoren würden meine Fähigkeit Deutsch zu sprechen beeinflussen.

Wenn Muttersprachler bemerken, dass Zuwanderer nicht viel sagen, könnten sie daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass wir nicht sehr gut Deutsch sprechen. Das könnte eventuell stimmen, aber es könnte auch so sein, dass wir nicht zu sprechen bereit sind.

### Zuwanderer lernen wirklich Deutsch und gebrauchen es auch

Obwohl es für viele Zuwanderer schwierig ist Deutsch zu lernen, so lernen und verwenden es die meisten von uns auf irgendeine Art und Weise. Wir hören Radio auf Deutsch und schauen deutschsprachiges Fernsehen an. Wir lesen deutsche Zeitungen und Zeitschriften. Wir sprechen mit unseren Nachbarn Deutsch. Wir haben deutsche Freunde und Bekannte und weil die meisten von ihnen nicht unsere Muttersprache sprechen, unterhalten wir uns auf Deutsch. Wir gehören verschiedenen Vereinen und Organisationen an, wo wir Deutsch verwenden. Unsere Fähigkeit ist unterschiedlich, aber wir lernen und gebrauchen die deutsche Sprache. Wir sprechen mit einem Akzent, aber wir sprechen Deutsch. Unser deutsches Vokabular dürfte begrenzt sein, aber wir verwenden es. Wir werden wohl nicht alles, was wir hören, auch verstehen, aber wir hören Deutsch. Wir machen Fehler in der Rechtschreibung und der Grammatik, wenn wir schreiben, aber wir schreiben auf Deutsch. Wir verstehen wahrscheinlich nicht jedes Wort, das wir lesen, aber wir lesen Deutsch.

Natürlich gibt es einige Zuwanderer, die noch keine Zeit, keinen Wunsch, keine Mittel oder keinen Bedarf gehabt haben, deutsch zu lernen. Einige von ihnen sind ältere Zuwanderer, die ursprünglich als Gastarbeiter hergekommen oder Familienmitglieder von Gastarbeitern sind, aber von ihnen erwartete man nicht oder sie wurden nicht ermutigt, Deutsch zu lernen.

Da viele Deutsche keinen persönlichen Kontakt zu Zuwanderern haben, sind sie auch nicht in der Lage, unsere Fähigkeit, Deutsch zu sprechen zu beurteilen. Sie hören uns nur, wie wir Deutsch oder unsere Muttersprache verwenden und zwar in Situationen, in denen wir für sie Fremde sind. Das ist ähnlich der Situation, wenn ich Zug fahre und ein Gespräch zwischen zwei Einheimischen höre. Wenn sie im Dialekt miteinander sprechen, bin ich mir nicht sicher, ob sie überhaupt Hochdeutsch sprechen können.

### Zuwanderer gebrauchen ihre Muttersprache zusätzlich zum Deutschen

Die meisten von uns beten, träumen und drücken ihre Gefühle in ihrer Muttersprache aus. Unsere Muttersprache ist die Sprache des Herzens. Obwohl manche Zuwanderer Deutsch flüssig sprechen können, gibt es Zeiten, in denen wir gerne unsere Muttersprache verwenden wollen oder müssen. Wenn jemand noch eine Sprache gebraucht, so wirkt sich das darauf aus, wie er sich selbst fühlt und welche Beziehung er zu anderen hat. Dass wir unsere Muttersprache von Zeit zu Zeit verwenden, ist wichtig. Sie hilft uns, uns daran zu erinnern, wer wir sind.

Viele von uns verwenden ihre Muttersprache zu Hause mit ihren Familien. Einige von uns gebrauchen sowohl Deutsch als auch ihre Muttersprache zu Hause. Ich habe eine Kollegin, die mehrere Sprachen zu Hause mit ihrem Mann und ihren Kindern spricht: sie sprechen Deutsch, Türkisch und Arabisch. Das ist ein reiches Umfeld, um Sprachen zu lernen. Wenn diese Familie nur Deutsch zu Hause sprechen würde, wäre es für jeden ein Verlust.

Obwohl einige Einheimische die Zuwanderer dafür kritisieren, dass sie ihre Muttersprache zu Hause sprechen, gibt es viele deutsche Gemeinden auf der Welt, in denen die Deutschen hauptsächlich oder nur Deutsch sprechen. Wie viele deutsche Muttersprachler, die in Spanien, Thailand oder der Türkei wohnen, sprechen fließend Spanisch, Thai oder Türkisch oder die Dialekte, die in jenen Ländern gesprochen werden? Welche Sprache sprechen diese Deutschen zu Hause?

### Die verschiedenen Zuwanderer haben unterschiedliche Ziele, um Deutsch zu lernen und es zu gebrauchen

Wenn ich 100 Zuwanderer frage, warum sie Deutsch lernen möchten oder müssen, könnte ich 100 unterschiedliche Antworten bekommen. Hier sind einige Beispiele.

- Der Besitzer eines kleinen Restaurants, das in einem Dorf liegt, müsste den Dialekt des Dorfes kennen
- Der Besitzer eines Ladens müsste die Sprachen der Zuwanderer, die bei ihm einkaufen, kennen
- Ein Angestellter bei Adidas oder Siemens sollte eigentlich fließend Englisch schreiben, lesen und sprechen können
- Ein früherer Gastarbeiter, der nun im Ruhestand ist, bräuchte eigentlich überhaupt nicht viel Deutsch können
- Professoren müssen einen hohen akademischen Bildungsgrad und das deutsche Vokabular ihres Spezialgebietes besitzen
- Ein Handwerker auf einer Baustelle in Nürnberg, auf der möglicherweise auch Arbeiter aus mehreren osteuropäischen Ländern beschäftigt sind, müsste eigentlich zwangloses Deutsch sprechen, vielleicht auch ein bisschen Polnisch und Rumänisch und müsste deutsche Begriffe für Werkzeug und Baumaterial kennen

Jeder dieser Menschen muss einen anderen Aspekt der Sprache betonen. Der eine muss sehr geschickt im Lesen und Schreiben sein, der andere im Zuhören und Verstehen und der nächste im Sprechen. Jeder braucht eine andere Art von Deutsch, einige brauchen eine Mischung aus Deutsch und wenigstens einer anderen Sprache, und einige müssen Deutsch nur auf einem sehr niedrigen Bildungsstand lernen.

Daher steckt nicht viel Sinn dahinter, allen Zuwanderern nur eine Art von Deutschkenntnissen beizubringen. Jeder einzelne Zuwanderer muss selbst sein Ziel, inwieweit er Deutsch gebrauchen will, entscheiden können und diese Kenntnisse im Deutschen oder in einer anderen Sprache lernen, die wichtiger für ihn in seinem Tätigkeitsbereich in der Wirtschaft, der Familie und der Gemeinschaft ist.

### Wer sollte über Sprachkompetenz entscheiden?

Natürlich müssen wir alle Deutsch lernen. Sie ist die einzige Sprache, die wir gemeinsam haben. Aber ich glaube, dass jeder einzelne Zuwanderer das Recht hat, darüber zu entscheiden, wie viel Deutsch sie oder er lernen kann oder bereit ist zu lernen. Des Weiteren bin ich der Meinung, dass Muttersprachler dasselbe Recht haben: zu entscheiden, wie viel und welches Deutsch sie verwenden wollen. Meine Frau hat das Recht mit ihrer Mutter Oberpfälzisch zu sprechen, mit ihren Freunden einen gewissen Slang, Hochdeutsch mit ihren Kollegen und Englisch oder eine bestimmte Art von Deutsch mit mir. Das Recht, eine bestimmte Sprache auszuwählen, ist ein grundlegendes Menschenrecht.

Anstatt über die wenigen Zuwanderer, die Deutsch nicht wie ein Einheimischer lernen, Bescheid zu wissen, würde ich gerne einiges

Fortsetzung auf Seite 5

## NEST – Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe

Lemia Yiyit

### Welche Bedeutung haben Lotsen für die Kommunen?

In den letzten Jahren sind in vielen Kommunen Deutschlands „Lotsenprojekte“ zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund entstanden. Ziel dieser Projekte ist die Förderung der Integration der Zugewanderten durch ehrenamtliche Begleiter.



Berater, Vermittler, Übersetzer, Zuhörer – die ehrenamtlichen Elternlotsen/innen und Bildungsassistenten/innen in Nürnberg  
Foto: NEST

Eltern, die selbst einen Migrationshintergrund haben, werden als Vermittler und Berater ausgebildet, um in Sitzungen von Elternbeiräten, Schulveranstaltungen oder in interkulturellen Vereinen eine Mentor- und Moderatorenfunktion zu Bildungsfragen zu übernehmen.

Die ehrenamtliche Tätigkeit ist kein Ersatz für die hauptberufliche Erfüllung von Integrationsaufgaben durch Fachkräfte, sondern soll Eltern und Pädagogen unterstützen und die hauptamtliche Arbeit ergänzen.

### Auch in Nürnberg entstanden zahlreiche neue „Lotsenprojekte“

Schon 2004 hatte der ehemalige Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg eine Arbeitsgruppe „Interkulturelle Elternarbeit im Bildungsbereich“ gegründet und festgestellt: „Der mangelnde Informationsstand ausländischer Eltern über das bayrische Schulsystem und die duale Ausbildung wird immer wieder bemängelt. Die Ver-

besserung der Integrationschancen der Kinder mit Migrationshintergrund schon im Vorschulalter wurde vom Ausländerbeirat immer wieder eingefordert. Insbesondere an den Übergängen Kindergarten-Schule und Schule-Ausbildung ist die Einbeziehung der Eltern dringend nötig, um die Chancen der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.“ Per Beschluss forderte der Ausländerbeirat mehrmals: „Eltern mit Migrationshin-

tergrund sollten über das Schulsystem aufgeklärt und zur Mitarbeit in den Elternbeiräten und für schulische Aktivitäten motiviert werden.“ Auch der jetzige Integrationsrat setzt sich stark für die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund und Elternarbeit/Elternempowerment ein.

**Eins der vielen Projekte ist das Projekt NEST - Nürnberger Elternbüro Schulerfolg und Teilhabe** am Pädagogischen Institut und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg. Das vom BAMF geförderte Projekt NEST hat eine Laufzeit von November 2009 bis Oktober 2012, es ist eine Erstinformations- und Kontaktstelle des Geschäftsbereichs Schule für alle Fragen rund um Schulerfolg und Elternbeteiligung. Das Elternbüro soll insbesondere für Zuwanderer dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen Schule, Eltern und Kindern zu pflegen, zu fördern und somit die anstehenden Probleme zu lösen. ([http://www.nuernberg.de/internet/paedagogisches\\_institut/nest.html#3](http://www.nuernberg.de/internet/paedagogisches_institut/nest.html#3))

Der Nürnberger Stadtrat hat im März 2012 beschlossen, das Projekt NEST mit dem Projekt Bildungsassistentinnen der Stadtteile St. Leonhard und Schweinau zusammenzulegen und fortzusetzen. Die Koordinierungsstelle ist das Elternbüro beim SPI.

Das Elternbüro im Haus der Pädagogik in der Fürther Straße 80a bietet Eltern mit Migrationshintergrund regelmäßige Sprechstunden für Beratungen rund um die Schule. Das Elternbüro und die NEST- Elternlotsen stehen auch den Pädagoginnen und Pädagogen bei Fragen zur Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule zur Seite.

**Weitere Aufgaben der Koordinierungsstelle (Elternbüro) sind:** Koordination der Lotsen, deren Qualifizierung/Fortbildung und Coaching, Konfliktregelung, Kollegiale Fallbesprechung, Erfahrungsaustausch- und Evaluationstreffen organisieren, Netzwerkarbeit mit Schulen und Bildungsträgern, Verwaltung, Finanzen.

Die Beratungsstelle arbeitet eng mit dem Netzwerk Familienfreundliche Schule, mit dem Sozialreferat, mit den Bildungsträgern in den Stadtteilen, mit der Steuerungsgruppe: SPI/3. BM (Bürgermeisteramt), Staatl. Schulamt, Integrationsrat und Referat V zusammen. NEST steht auch in enger Verbindung mit ELDS - Eltern lernen Deutsch an Schulen, den Mama-lernt-Deutsch-Kursen und weiteren Angeboten der Elternbildung des Pädagogischen Institutes und Schulpsychologie der Stadt Nürnberg.

### Wer sind die Elternlotsen, welche Aufgaben haben sie?

Das Elternbüro wird unterstützt von 19 Elternlotsinnen und einem Elternlotsen, die an verschiedenen Schulen in Nürnberg eingesetzt werden.

Im März 2012 kamen **die** Bildungsassistentinnen (zwei türkisch-, zwei russischsprachig) dazu, die vorher für 9 Schulen in St. Leonhard/Schweinau zuständig waren.

Die Elternlotsen stammen aus ganz unterschiedlichen Kulturen und bieten Beratung in 19 Sprachen an: Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Hindi, Kikongo (Kongo), Kurdisch, Lingala (Kongo), Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Spanisch, Russisch, Tagalog (Philippinen), Tamil, Thai, Türkisch und Vietnamesisch.



Ehrenamtliche Elternlotsen

Foto: NEST

23 Elternlotsen mit sozialer und kommunikativer Kompetenz, die selbst Migrationshintergrund haben, fungieren als Mittler zwischen Eltern mit Migrationshintergrund und Lehrkräften, bauen Brücken zu anderen Eltern, Lehrkräften und Institutionen, beantworten Fragen der Eltern rund um die Schule und das bayrische Schulsystem, unterstützen das interkulturelle Schulleben, organisieren Elterncafés an Schulen und Informationsveranstaltungen für Eltern über das Schulsystem, über Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten ihrer Kinder.

### Qualifikation der Elternlotsen

Die NEST- Elternlotsen haben einen Qualifizierungskurs am Pädagogischen Institut (PI) durchlaufen.

Die Elternlotsen sind im Einsatz in der Adelbert-Stifter-Schule, Geschwister-Scholl-Realschule, Grundschule Knauerstraße, Grundschule Reutersbrunnen, Grundschule Wandererstraße, Konrad-Groß-Grund- und Mittelschule, Peter-Henlein-Realschule, Sonderpädagogisches Förderzentrum an der Bärensanze.

Seit März sind die 9 Schulen im Stadtteil St. Leonhard/Schweinau dazu gekommen.

Unsere Erfahrungen als Elternlotsen haben ergeben, dass nicht nur unsere Partnerschulen unsere Hilfe sehr gerne in Anspruch nehmen, sondern auch andere Schulen in Nürnberg uns bei Beratungsgesprächen, Konflikten in der Schule, bei Verständigungsproblemen mit Eltern, als Kulturdolmetscher um Hilfe bitten.

Was als Projekt begonnen hat, wird nun immer mehr zur Institution. Je bekannter die Elternlotsen werden, umso wichtiger und gefragter werden sie.

Deshalb hoffen wir auf eine gesicherte Finanzierung seitens der Stadt für die nächsten Jahre.

Quelle: Unterlagen der Stadtratskommission für Integration vom 22.09.2011

Fortsetzung von Seite 4

## Wer entscheidet über „Sprachkompetenz“?

an Anerkennung für den Mut, den es kostet, eine zweite Sprache zu lernen und zu verwenden, erfahren, besonders dann, wenn man dafür kritisiert wird, dass man nicht wie ein Einheimischer spricht. Ich würde auch gerne Anerkennung über die vielen Stärken erfahren, die die Zuwanderer nach Deutschland mitbringen, von denen eine unserer Fähigkeiten ist, in mehr als nur einer Sprache zu kommunizieren. Sie gestattet uns als Übersetzer innerhalb der Gemeinschaften in Deutschland und in der ganzen Welt zu agieren. Sie ist einer unserer vielen Beiträge zur „Interkulturellen Öffnung“. Ich würde es begrüßen, wenn Muttersprachler lernen, wie sie uns zuhören sollen. Ich kann nachvollziehen, dass es schwierig sein kann, uns zu verstehen, allein schon wegen unseres Akzentes und der Art, wie wir Deutsch gebrauchen, ganz besonders dann, wenn wir Anfän-

ger oder verhältnismäßig kurz in Deutschland sind. Aber ich glaube, das ist nur eine Frage der Übung. Es würde mir gefallen, wenn Muttersprachler denselben Grad an Anstrengung darauf legen würden, mit uns zu kommunizieren, wie wir es tun und versuchen, ihre Sprache zu verwenden um mit ihnen zu kommunizieren. Zuletzt schlage ich vor, dass Muttersprachler und Nicht-Muttersprachler sich in einen Dialog begeben sollten, und zwar als Gleichgestellte, auf dem Wissensstand des Deutschen, den wir als Individuen brauchen und als Gesellschaft schlechthin. Wenn wir lernen über unsere Unterschiede hinaus zu kommunizieren und von einander lernen, dann glaube ich, können wir eine Gesellschaft formen, in der wir alle Erfolg haben können, ungeachtet unserer Herkunft.

(Übersetzung aus dem Englischen: Gitti Göbel)

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Nürnberger Rat  
für Integration und Zuwanderung  
Geschäftsleitung: Friedrich Popp  
Hans-Sachs-Platz 2  
90403 Nürnberg  
Telefon 09 11 / 2 31-31-85  
Telefax 09 11 / 2 31-85-16  
[www.integrationsrat.nuernberg.de](http://www.integrationsrat.nuernberg.de)  
[integrationsrat@stadt.nuernberg.de](mailto:integrationsrat@stadt.nuernberg.de)

#### Redaktion:

Viktoria Dinges, Horst Göbbel, Diana Liberova, Friedrich Popp, Adam Zurawel

#### V.i.S.d.P.:

Diana Liberova

Die Artikel geben die Meinung der Verfasser, nicht unbedingt die Meinung des Integrationsrates, wieder. Leserbriefe sind der Redaktion willkommen.

#### Layout, Satz und Druck:

Druckerei Theodor Schobert GmbH  
Bulmannstraße 32  
90459 Nürnberg  
Telefon 09 11 / 44 06 69  
Telefax 09 11 / 45 76 27  
[info@schoebert-druck.de](mailto:info@schoebert-druck.de)

## Im Begriffsdschungel der Interkulturalität

Friedrich Popp

Begriffe prägen eine Gesellschaft und Begriffe werden von ihr geprägt. Weder in der Alltagsprache noch in der wissenschaftlichen Beschreibung der Gesellschaft sind manche Begriffe klar und eindeutig. So stehen vielfach Begriffe wie **Migrant/in\***) und **Zuwanderer**, **Integration** und **Interkulturalität** nebeneinander und werden je nach Belieben verwendet. Aber Begriffe und ihre Verwendung verändern sich, niemand spricht heute mehr von „Gastarbeitern“, wenn er die in den 60er Jahren eingewanderten Menschen meint. Ich möchte versuchen, einige Begriffe anhand der Geschichte der Einwanderung nach Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg zu beschreiben.

Nach der Niederlage des Naziregimes strömten Millionen von deutschen Staatsbürgern aus den besetzten ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie aus der Tschechoslowakei nach Deutschland, insbesondere nach Westdeutschland. Diese Personengruppe, die v.a. in den Jahren zwischen 1945 und 1949 kam, bezeichnete man damals als **Flüchtlinge** und/oder **Vertriebene**. Ab der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 kamen Angehörige der deutschen Minderheit aus Polen und anderen Staaten des Warschauer Paktes auf formalem Wege nach Westdeutschland, diese Gruppe erhielt die Bezeichnung **Aussiedler**.

1955 wurde der erste Anwerbevertrag von ausländischen Arbeitnehmern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Italien unterzeichnet. Weitere Anwerbeverträge erfolgten zwischen 1960 und 1968 mit Spanien, Griechenland, Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien. Im Sprachgebrauch setzte sich damals der Begriff **Gastarbeiter** durch. Mit dem Anwerbestopp von 1973 war diese Zeitspanne der systematischen Anwerbung vorbei. Die meist alleine nach Deutschland zum Arbeiten gekommenen Männer und Frauen (1973 gab es ca. 2,6 Mio. ausländische Beschäftigte) holten nun ihre Familien nach Deutschland nach (1975 wurde das Kinder geld für nicht in Deutschland lebende Kinder gekürzt). Die Gewerkschaften begannen, diese Menschen als **ausländische Arbeitnehmer** zu bezeichnen und versuchten, sich für sie einzusetzen. In Nürnberg unterhielt der DGB bis in die 90er Jahre hinein eine eigene Beratungsstelle mit mehreren muttersprachlichen Beratern. Auch die großen Wohlfahrtsverbände richteten muttersprachliche Beratungsstellen ein, einzelne Wohlfahrtsverbände kümmerten sich um die verschiedenen Nationalitäten: die Arbeiterwohlfahrt (AWO) betreute die Türken, die Diakonie (evang. Kirche) die Griechen und Caritas (kath. Kirche) die Italiener, Spanier und Portugiesen. Für Jugoslawen waren sowohl die AWO als auch Caritas (v.a. für die katholischen Kroaten) zuständig. Einige Städte gründeten Ausländerbeiräte, Nürnberg war mit der Gründung des Ausländerbeirates 1973 vorbildhaft (damit war Nürnberg die zweite deutsche Großstadt mit einer in Urwahl gewählten Interessenvertretung der Ausländer). Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Ausländerbeiräte waren lange Zeit die einzigen Ansprechpartner für die **ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen**. Einige wenige Initiativen/Vereine kümmerten sich um die sozialen und schulischen Belange dieser Menschen (in Nürnberg z.B. DEGRIN e.V.). An den Fachhochschulen gab es erste zögerliche Versuche, sich mit der Thematik zu beschäftigen, es wurde der Studi-

enzweig „**Ausländerpädagogik**“ eingeführt. 1979 forderte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Heinz Kühn, verstärkte Integrationsmaßnahmen. Der Titel des sog. Kühn-Memorandums lautete „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland“. In diesem Memorandum wurde zwar festgestellt, dass Deutschland faktisch ein Einwanderungsland sei, doch die Politik zog daraus nicht die nötigen Konsequenzen, man diskutierte eher Maßnahmen der Zuwanderungsbeschränkung. Die 80er Jahre waren mehr geprägt von einer restriktiven Familiennachzugspolitik (in Bayern musste damals ein Ehepartner drei Jahre warten bevor er/sie nach Deutschland einreisen konnte), einem wenig erfolgreichen Rückkehrhilfegesetz (1983) sowie dem Versuch des Bundesinnenministers Zimmermann, ein neues Ausländergesetz vorzulegen, das Deutschland vor einer „Vermischung“ bewahren wollte. Infolge des Militärputsches in der Türkei (1980) kamen in den 80er Jahren vermehrt **Asylbewerber** nach Deutschland. Das Thema Asyl ist sehr komplex und kann hier nur

Schon Ende der 80er Jahre begann eine intensive Diskussion um die **Multikulturelle Gesellschaft**, ausgelöst von der Partei DIE GRÜNEN. In Frankfurt/Main wurde 1989 auf Beschluss des Magistrats der Stadt sogar ein Amt für Multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) eingerichtet, das sich systematisch um die Belange der Zugewanderten kümmern sollte. Von konservativer Seite wurden diese Ideen mit Vehemenz abgelehnt, insbesondere mit der Begründung, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Vereinzelt wurde auch der Vorschlag unterbreitet, die Zugewanderten sollten sich an einer „deutschen Leitkultur“ orientieren.

Auch die öffentliche Wahrnehmung der eingewanderten Menschen änderte sich. So wurde aus der vor allem von den Wohlfahrtsverbänden und dem DGB (in Nürnberg vom damaligen Ausländerbeirat) jährlich veranstalteten „**Ausländerwoche**“ Ende der 80er Jahre die „**Woche der ausländischen Mitbürger**“ und einige Jahre später die „**Interkulturelle Woche**“.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sowie der deutschen Einigung 1991 begann ein neues Kapitel

Mehrheit eine Änderung des Grundrechts auf Asyl (1993). Parallel zu dieser Debatte brannten an mehreren Orten in Deutschland Asylbewerberheime. Der damalige Nürnberger Ausländerbeirat setzte sich vergebens für eine Beibehaltung des alten Asylrechts ein. Darüber hinaus war in diesem Gremium ein ständig wiederkehrendes Thema die Einführung des Wahlrechts für die ausländische Bevölkerung, insbesondere auf kommunaler Ebene. Aufgrund der europäischen Einigung kam ab 1993 zumindest das **Kommunale Wahlrecht für EU-Bürger**.

In der Politik verlagerte sich die Diskussion Ende der 90er Jahre in eine pragmatische Richtung. Man kam langsam zur Einsicht, dass Deutschland doch ein Einwanderungsland sei und etwas für die **Einwanderer** getan werden müsse. Zwar wurden über einzelne Grundlagen wie **Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit** und **erleichterte Einbürgerung** sowie die Anforderungen an die **Integration** heftig gestritten, aber mit dem Zuwanderungs- und Integrationsgesetz von 2005 wurden wichtige Pflöcke gesetzt, die nun über alle Parteien hinweg endgültig galten. Deutschland erkannte nun offiziell an, dass es ein Einwanderungs- bzw. Zuwendungsland sei. Aus den **Einwanderern** waren nun **Zuwanderer** geworden. Immerhin!

Über **Integration** ist schon viel geschrieben worden. Es ist meines Erachtens wichtig, von einem breiten Integrationsverständnis auszugehen und nicht von einem engen. Integration hat nichts mit Assimilation zu tun, sondern braucht eine Begegnung der Menschen auf gleicher Augenhöhe. Heute spricht auch kaum noch jemand von der multikulturellen Gesellschaft, zu groß ist das Missverständnis, darunter lediglich ein beliebiges Nebeneinander kultureller Gemeinschaften zu verstehen (in diesem Sinne wäre ja auch der südafrikanische Apartheidstaat eine „Multikulturelle Gesellschaft“ gewesen). Wichtiger ist es meines Erachtens, das **interkulturelle Zusammenleben** zu fördern. Aber auch im Begriff der Interkulturalität geht man noch von einem statischen Kulturbegriff aus. Insofern ist auch dieser Begriff ungenau. Meiner Ansicht nach gibt es in der Einwanderungsgesellschaft kaum in sich geschlossene kulturelle Gruppen. Man kann diese Menschen nicht in national definierte „Kulturreiche“ einordnen. Menschen haben meist **verschiedene kulturelle Orientierungen**, insbesondere Menschen im Migrationsprozess nehmen viele unterschiedliche Einflüsse in sich auf. Das ist nichts Starres, sondern verändert sich immer wieder. Manche sprechen auch schon von der **Transkulturalität** oder von **hybriden Identitäten**.

In gewisser Weise ungenau ist auch die Bezeichnung **Menschen mit Migrationshintergrund**. Dieser Begriff ist zwar augenblicklich annähernd der beste, aber er ist zu lang und für die Alltagssprache schlecht zu gebrauchen. Und wir müssen uns kritisch die Frage stellen, wann der Migrationshintergrund denn aufhört, eine Bedeutung zu haben?

Mit Sprache können wir uns den Bedeutungen immer nur annähern, Sprache ist ein von uns Menschen konstruiertes Kommunikationssystem. Wichtig ist festzuhalten: wir leben in einer Gesellschaft der Vielfalt, und im Alltag begegnen sich immer Menschen und nicht „Hintergründe“ oder „Kulturen“. Wesentlich ist der gegenseitige Respekt.

\* Es gilt jeweils die weibliche wie die männliche Form.



Interkulturelle Folkloregruppe beim Stadtteilfest St. Leonhard 2011 mit Tänzen aus der Türkei

Foto: Friedrich Popp

angeschnitten werden. Asylbewerber erhalten zunächst eine Aufenthaltszeitgestaltung zur Durchführung ihres Asylantrags (in der Umgangssprache werden diese Menschen oft abwertend als „Asylanten“ bezeichnet). Wird dem Antrag stattgegeben, dann spricht man von **Asylberechtigten** (das ist meist nur ein kleiner Prozentsatz), ein nicht geringer Anteil der Asylsuchenden erhält jedoch Abschiebeschutz als **Flüchtling** (entweder nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder nach ausländerrechtlichen Kriterien), andere Asylsuchende erhalten aufgrund von Ausreisehindernissen eine Duldung (das ist aber genau genommen nur eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“), sie sind also sozusagen vorübergehend **geduldete Flüchtlinge**. Da es oft viele Abschiebehindernisse gibt, erhalten manche Menschen aus dieser Gruppe nach einigen Jahren ein Bleiberecht – je nach gesetzlicher Lage – und somit eine Aufenthaltsberechtigung.

tel der Zuwanderung nach Deutschland. Vor allem aus den Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion wanderten nun vermehrt Menschen in Deutschland ein, sie kamen insbesondere als Aussiedler (ab 1993 als **Spätaussiedler**) sowie oft mit russisch oder ukrainisch sprechenden Familienangehörigen, andere kamen als **Kontingentflüchtlinge** (auf Grund ihres jüdischen Glaubens). In Nürnberg haben beispielsweise ca. 30.000 Menschen einen Migrationshintergrund, den man als „russischsprechende Zuwanderer“ bezeichnen könnte. Somit wären in Nürnberg ca. 16 % aller Menschen mit Migrationshintergrund dieser Gruppe zuzuordnen und ist somit in etwa gleich groß wie die türkischsprachige Gruppe. In Nürnberg haben heute übrigens zwei von fünf Bürgern einen Migrationshintergrund. Anfang der 90er Jahre nahm die Anzahl der Asylsuchenden enorm zu (1992 suchten ca. 430.000 Menschen Asyl in Deutschland), daher beschloss der Bundestag mit großer

## Italiener in Nürnberg

Michele Scala mit Coautor Norbert Städler

*Vor ein paar Wochen fiel mir zum ersten Mal bewusst das Wappen über dem Eingangsportal des Standesamtes am Hauptmarkt auf. Es zeigt einen weiblichen Oberkörper auf dem Rumpf eines Vogels, stolz die Schwingen ausbreitend. „Das ist es“, dachte ich, „dieses Wappen meint uns, es zeigt die Situation der italienischen „Gastarbeiter“, der Migranten an sich, wir sind Zwitter. Mit dem Kopf sind wir in der fränkischen Realität angekommen, mit dem Herzen bleiben wir für immer mit unserer Heimat verbunden. Die offenen Schwingen stehen für unsere Seele, die sich nicht entscheiden kann, ob wir bleiben oder gehen sollen. Wir könnten ja zurückgehen!*

Aber wir machen uns etwas vor: „Die Schwingen sind lahm geworden, die Krallen stecken zu tief im Nürnberger Boden“.

Wenn ich nach fast 45 Jahren auf Nürnberg zurückblicke, dann sehe ich auf ein Leben, das beispielhaft ist für die meisten meiner Landsleute. Viele stammen, wie ich, aus Kleinbauernfamilien Südaladiens, die, um zu überleben, jede Gelegenheit zum Nebenverdienst nutzten. Gut bezahlte, feste Arbeitsplätze waren selten. So reichte es immer nur für das Nötigste. Meine Schulzeit dauerte 5 Jahre. Manche meiner Freunde blieben Analphabeten. Was wir lernten, das waren Genügsamkeit, Sparsamkeit und Improvisation. Wir waren jung und wollten mehr!

Wir träumten vom besseren Leben. 1955 war das Arbeiter-Anwerbeabkommen mit Deutschland in Kraft getreten. Es brachte die Hoffnung in den Süden Italiens. Die jungen Männer aus der Nachbarschaft zogen nach Norden. Wenn sie dann nach zwei, drei Jahren zurückkamen, dann wurden ihre „riesigen“ PKW's bestaunt. Das ganze Dorf lief zusammen, um den, wahrscheinlich gebraucht gekauften, Ford „Taunus“ zu bestaunen. Das bewirkte mehr, als die Argumente der Arbeitsvermittler. Nach meinem Wehrdienst wollte auch ich mein Glück in Deutschland versuchen und dann „reich“ nach Hause zurückkehren.

Doch so einfach war das nicht. Der Vater hatte mein Leben in seinem Sinne verplant. So war das üblich. Es kam zum Streit mit ihm, als ich mich zum Arbeitseinsatz nach Deutschland werben ließ.

Ich ging deprimiert in eine ungewisse Zukunft, nachdem man mich in Verona für „tauglich“ befunden hatte, an deutschen Fließbändern zu arbeiten. Die Untersuchung war eine Art Fleischbeschau.

Stuttgart war meine erste Station. Dort hielt ich es nicht lange aus. Viele Freunde lebten in Nürnberg. Durch sie kam ich 1969 an die Pegnitz. Hier lebten damals schon ca. 8500 Italiener, eine Kleinstadt war nach Nürnberg gezogen. Arbeit gab es genug, AEG, Philips, Grundig, Porst oder Quelle, Triumph-Adler, die Bahn, und nicht zuletzt auch die Stadt Nürnberg selbst, brauchten ständig neue Arbeitskräfte. Die Wirtschaft brummte.

Nicht ganz so froh waren die deutschen Arbeiter, eifersüchtig und misstrauisch wurden unsere Schritte beobachtet. Durch Missverständnisse kam es zu Streitigkeiten, die sprachlichen Barrieren wurden nur langsam abgebaut. Die Deutschen tuschelten hinter unserem Rücken, nannten uns „Spaghettifresser“ oder „Katzelmacher“. „Verräter schimpften sie uns, weil wir sie im Krieg im Stich gelassen hätten.“

Uns Italiener schweißte das zusammen. Gemeinsam gingen wir zum Grillen zum „Marienberg“ oder in die Pegnitzauen. Wir trafen uns in den damals unwirtlichen, dunklen Hallen des Hauptbahnhofs, in denen es immer ein wenig nach Urin roch. Dort waren wir nicht so gerne gesehen, die Polizei trieb uns auseinander, wenn die Gruppen zu groß wurden.

Wir gründeten also Vereine. Jede Region richtete sich ihren eigenen Club ein, man war unter Freunden. Die Nähe brachte allerdings auch Probleme.

Die politischen Ansichten, der vorwiegend jungen Italiener, gingen oft weit auseinander. Es waren missionarische Kommunisten dabei und ebenso überzeugte Konservative, praktizierende Katholiken und eifernde Atheisten. So wurden immer neue Vereine gegründet, teilweise mit Unterstützung der italienischen Parteien. Damals waren wir Italiener gefragt, die deutsche Industrie brauchte unsere Arbeitskraft und der italienische Staat schätzte die Devisen, die wir unseren Familien schickten, wie ich auch. Mein Vater hat sich längst mit mir versöhnt, weil er meine finanzielle Unterstützung schätzte.

In Nürnberg wurden weitere Sportvereine gegründet, die teilweise in höhere Klassen aufsteigen konnten, wenn sich unsere „heißblütigen“ Landsleute im Griff hatten.

Provozierte ein deutscher Gegenspieler im Strafraum: „Hör auf, Spaghettifresser, du kannst es ja doch nicht!“ wehrten sie sich handgreiflich. Elfmeter! Niederlage! Es hat lange gedauert, bis sich unsere Spieler an diese „psychologische Kriegsführung“ gewöhnten. Mitte der 70er Jahre änderte sich das Klima zwischen den deutschen Mitbürgern und uns, auch weil sich die Deutschen öffneten, den „Muff aus Tausend Jahren“ lüfteten. Wir hatten fleißig Deutsch gelernt und konnten uns besser verstehen. In den italienischen Restaurants kamen wir uns näher. Manche von uns stürzten sich mit einem Kredit und dem Spaghetti-Rezept der Mutter aus Apulien ins Geschäftsleben. Wenn das Lokal lief, holten sie die Mutter nach. In Deutschland wurde es Mode, statt „Wienerwaldgockel“, „Mafiatorte“ zu essen. Die deutschen Kinder liebten Spaghetti-Bolognese, ihre Eltern, die liebenswürdige, unaufdringliche Gastfreundschaft der Italiener.

Jetzt wurden wir Jüngeran sogar in den Diskotheken geduldet – wenn wir nur „ihren“ Frauen nicht zu nahe kamen. Dennoch heirateten viele meiner Freunde ihren blonden deutschen Traum. Die meisten dieser Ehen haben bis heute Bestand! Die „kleinen Italiener vom Bahnhof“, wie ich ja auch einer war, mit all den großen Träumen, waren erwachsen geworden. – Sie gründeten Familien.

Damit änderten sich die Prioritäten. Die Familie hatte Vorrang! Wir hatten weniger Zeit für unsere Freunde. Die italienischen Vereine versuchten die Familien zu integrieren, man veranstaltete Folklore-, Theater- und Kulturabende – doch die Entwicklung war nicht aufzuhalten. Viele kamen nur noch selten, manche blieben ganz weg. Sie hatten in der deutschen Nachbarschaft Freunde gefunden, engagierten sich in der Kleingartenkolonie oder wurden als Sänger Star einer fränkischen Faschingsgesellschaft. Die deutschen Fußball-Vereine umwarben die besten italienischen Spieler, die italienischen Clubs gaben auf. Sie waren angekommen. Sie buken Pizza für die



Michele Scala (vorne rechts) bei Demonstration für den Erhalt des italienischen Konsulats  
Foto: NN Pressefoto, Karlheinz Daut

Firmenfeier und luden die Nachbarschaft zum Pasta-Abend ein.

In den italienischen Regional-Clubs blieben vor allem die Junggesellen.

Wer von meinen Freunden sich nicht selbstständig machte, der versuchte sich weiterzubilden, Firmen-Schulungen zu nutzen, um einen Vorarbeiter-Posten zu bekommen. Das Ansehen der Italiener in der deutschen Gesellschaft wuchs, sicher auch, weil wir Italiener nie in Ghettos lebten, sondern über ganz Nürnberg verteilt.

Es waren schöne Jahre. Alles ging aufwärts, das Gehalt stieg, die Familie wuchs. Einmal im Jahr fuhren wir in die Heimat. Zu Wahltagen zahlte der italienische Staat die Fahrt in den Heimatort. Die Züge waren voll, Nürnberg – Catania 36 Stunden, mit reichlich Proviant – ein Fest auf Schienen.

Zurück in Deutschland holte uns der Alltag schnell ein. Die Kinder kamen in die Schule, wuchsen heran und hatten Probleme. Unsere Kinder merkten schnell, wie hilflos wir manchmal waren. Wir hatten ihnen oft nur unsere Liebe und die Sicherheit der Familie zu geben. Es kam zu Spannungen. Wir Eltern suchten Rat, für viele war das Konsulat ein wichtiger Anlaufpunkt.

Mancher Jugendliche geriet auf die schiefe Bahn, weil er falsche Freunde hatte. Die meisten jedoch blieben unbescholtene, beendeten die Hauptschule, wurden Handwerker, Kaufleute oder Verkäufer. Viele von ihnen gehörten später zur zweiten Gründergeneration: Sie eröffneten oder übernahmen Autowerkstätten, Malerbetriebe, Installationsgeschäfte oder importierten italienische Nahrungsmittel. Die Italiener in Nürnberg kennen viele Erfolgsgeschichten. Sie sind beliebte, zuverlässige Handwerker geworden, betreiben gut gehende Restaurants.

Andere meiner italienischen Freunde hatten nicht so viel Glück. Mit dem Niedergang der Industrie in den 90ern, dem Aus für die Großbetriebe, verloren sie ihren Arbeitsplatz. Das Jobcenter/Die Arbeitsagentur konnte sie nicht mehr weitervermitteln, sie waren zu „alt“. Sie wurden zu Harz IV-Empfängern und erwarten nun nur eine kleine Rente.

Jetzt sind die Italienischen Vereine wieder gefragt. Sie organisieren Rechts- und Rentenhilfe. Die Betreuung der ersten „Gastarbeitergeneration“ wird ihre wohl letzte Aufgabe sein, dann werden sie sich vielleicht auflösen.

Jedenfalls werden nur wenige überleben, weil unsere Kinder und Enkelkinder eigene Wege gehen. Sie sind längst in Deutschland angekommen, sie chatten, gehen zu MC Donalds. Die italienische Lebensart, sich gegenseitig einzuladen, geht verloren. Der Hinweis auf die Tradition der Alten ist ihnen manchmal sogar schon lästig.

Wir Älteren stehen vor einem anderen Problem. Sollen wir nun gehen oder bleiben? 2011 lebten noch 6400 Italiener in Nürnberg. Die meisten von ihnen werden wohl bleiben. Bisher sind vor allem diejenigen in die Heimat zurückgekehrt, die dort eine gute Infrastruktur erwartet oder besonders enge Familienbande. Die Tragik vieler anderer ist es, dass sie mit ihrem Geld die Häuser ihrer jetzt verstorbenen Eltern renovierten, Häuser in ländlichen Gebieten ohne Arzt und Pflegeheim in der Nähe mit weiten Wegen zum Einkauf und den Ämtern. Die Freunde der Jugend sind „italienisch“ alt geworden. Das ist die traurigste Erkenntnis: Sie werden in der Heimat nicht wirklich erwartet. So bleiben sie hier, versuchen ihr Häuschen im „wunderschönen Land, wo die Zitronen blühen“ zu vermieten oder müssen es mit Verlust verkaufen. Das Leben hat sie als Gastarbeiter nach Nürnberg gebracht, sie haben sich an Baggere, Schäufele und Bratwurst gewöhnt, lieben das deutsche Bier, und träumen doch von den Sonnentagen ihrer Kindheit im Süden. Erst auf irgendinem Friedhof der Stadt Nürnberg werden sie eines Tages dann endgültig integriert sein.

Viele Jüngere nehmen die deutsche Staatsangehörigkeit an – oft nicht aus Überzeugung, eher aus Bequemlichkeit und vor allem aus Frustration über die langsam arbeitenden binationalen Bürokratien.

Die meisten meiner italienischen Landsleute fühlen sich in Nürnberg wohl, es ist ihre Stadt geworden. Ein wenig stolz sind sie darauf, dass sie Werbung für ihre Heimat machen konnten, ihren deutschen Nachbarn italienische Lebensart in Küche und Leben brachten. Deutschland ist italienischer geworden.

Sie kamen als „Gastarbeiter“. Sie wird es so nicht mehr geben. Die jungen Italiener, die jetzt, weil die Wirtschaft auf dem „Stiefel“ am Boden liegt, vermehrt nach Nürnberg kommen, sind gut ausgebildete, heißbegehrte Facharbeiter oder Akademiker. Sie nutzen selbstbewusst die europäische Bewegungsfreiheit. Diese verleiht Flügel.

## Erste Schritte der Integration

Viktoria Dinges

Sehr viele nach Deutschland kommende Zuwanderer haben zuerst das Problem, sich hier fremd und unverstanden zu fühlen, weil sie ihre Bräuche und Gewohnheiten mitbringen und oft die deutsche Sprache nicht beherrschen. Im Jahr 2005 wurde ein neues Zuwanderungsgesetz eingeführt. Danach dürfen die Zuwanderer nur dann einen dauerhaften Aufenthaltstitel bekommen, wenn sie einen Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen haben. Der Integrationskurs ist ein Deutschkurs, der aus mindestens 645 Unterrichtsstunden besteht.

Integrationskurs Foto: Integrationsrat



In kurzer Zeit müssen die Teilnehmer die Vokabeln, die Grammatik und die Aussprache lernen, so dass sie sich am Ende des Kurses in ihren Alltagssituationen selbstständig verstehen können, ohne Dolmetscher, ob das beim Arzt, beim Einkaufen oder bei Behörden ist. Ich gehe in eine Schule in der Sandstraße, die Integrationskurse anbietet. Es ist halb zwölf. In der Schule ist es sehr ruhig, bis zur nächsten Pause bleiben 15 Minuten und der Schulleiter bringt mich zu der Anfängergruppe. In der Klasse sitzen 9 Teilnehmer, die den Deutschkurs

erst vor vier Tagen begonnen haben. Die Gruppe ist gemischt, die Leute kommen aus unterschiedlichen Ländern. Sie haben dadurch keine Möglichkeit, ihre Muttersprache während des Unterrichts zu sprechen. Alles, was unklar ist, muss in deutscher Sprache geklärt werden. Da sind hauptsächlich die jüngeren Leute. Die Lehrerin, Frau N., bittet die Schüler, über sich zu erzählen. Nach vier Tagen können die Teilnehmer schon viel über sich erzählen: aus welchem Land sie kommen, wie alt sie sind über ihre Kinder, Beruf und Familienstand. Nach der Pause gehe ich in die fortgeschrittenen Gruppe. Da sitzen schon mehr Teilnehmer mittleren Alters. Einige wohnen schon länger in Deutschland und müssen auch nebenbei arbeiten, um ihre Familien zu ernähren. Einige haben 2-3 Kinder zu Hause, was die Lernsituation zu Hause zusätzlich erschwert. Frau B., die Lehrerin in dieser Gruppe, spielt über eine CD Situationen ab und gibt die Aufgabe dem Geschehen zuzuhören und die vorgelegten Bilder zuzuordnen. Dann wird die Aufgabe geprüft und Fragen werden gestellt. Dabei werden neue Wörter auch spielerisch erklärt. Beide Lehrerinnen legen großen Wert auf Dialog. In beiden von mir besuchten Gruppen herrscht eine entspannte Atmosphäre. Es wird viel gelernt und viel gelacht. Es ist nicht leicht, sich jeden Tag vor Augen zu halten, dass die Leute aus unterschiedlichen



Integrationskurs

Foto: Integrationsrat

Kulturreisen kommen und jeder auch anders lernt. Deshalb basiert die Unterrichtsmethodik auf Kommunikation und Kreativität. Die Lehrkräfte in der Schule sind hochqualifiziert, haben viel Power und zeigen großes Engagement.

Tausende Zuwanderer besuchen jährlich solche Integrationskurse. Trotzdem liegt die Erfolgsquote im Bundesdurchschnitt nur bei 53-60%. Das bedeutet, dass fast jeder Zweite-Teilnehmer kein Zertifikat über den Nachweis des Sprachniveaus B1 erhält.

Was fehlt denn unseren Zuwanderern? Zu wenig Mut oder zu wenig Stunden? Oder müssen die Kurse anders gestaltet werden? Schreiben Sie uns!

## Sind Kinderspielplätze mehr als Spielorte?

Horst Göbbel



Vlodymyr Zalyasko präsentiert Gestaltungselemente für den Kinderspielplatz im Russisch-Deutschen Kulturzentrum  
Foto: Horst Göbbel

In Nürnberg leben ca. 40% Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Wenn man allein die Zahl der Kinder aus diesen Familien betrachtet, sind es mehr als 50% aller Kinder in der fränkischen Metropole. Ein Prozentsatz, der in allen deutschen Großstädten ähnlich hoch ist. Dass allein diese große Zahl unsere Gesellschaft, unsere Kommunen auch vor vielfältige interkulturelle Aufgaben auch im Bereich Spiel und Bildung stellt, ist längst klar.

Bildung, Erziehung beginnen keineswegs erst mit dem Eintritt der Kinder in die Schule, sie finden de facto von Geburt an statt. In dieser Frühphase ist das Spielerische jahrelang in der Beschäftigung mit Kindern dominant. Kinder werden von ihren Eltern und Großeltern früh auch auf Kinderspielplätze geführt. Die mit Spielgeräten ausgestatteten Plätze im Freien zum Spielen für Kinder dienen dem Vergnügen, der Entspannung, dem Zeitvertreib, der puren Freude. Kinderspielplätze sind zugleich jedoch mehr als nur Orte, wo Kleinkinder sich

im Sand oder an verschiedenen Spielgeräten tummeln können. Kinderspielplätze sind auch öffentliche Orte der Begegnung, des Verweilens, des lockeren Verschnaufens in der freien städtischen Natur. Sie sollen dem Drang der Kleinen nach vielfältiger Bewegung und Begegnung mit Gleichaltrigen Raum bieten. Zugleich sollen sie auch den erwachsenen Begleitern Räume des Wohlbefindens und des Begegnens sein.

Experten betonen, dass das Sozialverhalten, das Kinder auf dem Spielplatz entwickeln, zu Fähigkeiten führt, die bis in ihr Erwachsensein hineinwirken. Einschlägige Studien stellen fest, dass Spielplätze zu den wichtigsten Orten für die Entwicklung der Kinder außerhalb des häuslichen Bereiches gehören. Die meisten Formen des Spiels sind für eine gesunde Entwicklung wesentlich. Freies, spontanes Spiel, wie es auf Spielplätzen auftritt, ist die vorteilhafteste Art des Spiels. Somit ist auch die sinnvolle Gestaltung dieser Orte von höchster Bedeutung.

Klar, man muss sich den rechtlichen Normen, der Bauordnung unterwerfen, Sicherheit ist strengstes Gebot – Spielplätze und Spielgeräte müssen auch in Deutschland seit 1998 klar definierten europäischen Normen entsprechen. Dies ist und bleibt Sache der Experten und Verantwortlichen. Der Phantasie der Spielgerätebauer, der Kinderspielplatzgestalter sind letztlich nur zwei wesentliche Grenzen gesetzt: Sicherheit der Nutzer und der Kostenfaktor. Steh- oder Sitzkarusselle, Kletterlandschaften, Klettergerüste mit Netz, Schaukeln und Rutschen, Wippen, Sandkasten, Wasserspielplätze, Laufräder und wie die ganzen Dinge da noch heißen mögen, sind gestaltbar, auch künstlerisch. Und die Spielplatzanlagen – deren gibt es in Nürnberg 190 – ebenso.

In einer Großstadt wie Nürnberg, in der inzwischen – wie angeführt – ca. 40% Menschen mit Migrationshintergrund leben und deren Kinder und Enkelkinder einen beträchtlichen Teil der jungen Generation unserer Stadt ausmachen, sollte es möglich sein, bei der Einrichtung bzw. Gestaltung schon vorhandener Kinderspielplätze auch Elemente aus deren Kulturreisen aufzugreifen und mit zu verwenden. Der Spielplatz soll mit künstlerisch gestalteten Figuren ansprechend und einladend sein. Dies sowohl für Kinder als auch für Erwachsene, die die Kinder begleiten.

Der „Kulturbund“ zugewanderter Deutscher“ hat erste Schritte unternommen, unter künstlerischer Leitung von Vlodymyr Zalyasko – Nürnberger Künstler und Grafiker aus der Ukraine – ein solches Pilotprojekt zu gestalten. Statt immer wieder hauptsächlich den Wilden Westen zu thematisieren, sollte der Blick z. B. auch nach Osten, Süden, Südosten gelenkt werden. Der russische, polnische, türkische, griechische oder italienische und spanische Kulturreis bieten jeder für sich eine Vielzahl von Elementen, die einerseits Kindern Freude und andererseits Eltern und Großeltern auf dem Spielplatz zusätzliche Zufriedenheit bringen. Man sollte die Wirkung einer solchen Ge-

staltung, die auch auf das unsichtbare mitgebrachte kulturelle Gepäck der Zugewanderten Rücksicht nimmt, im Prozess der gelingenden Integration keineswegs als gering achten. Fragen zu Voraussetzungen und Machbarkeit von derartigen Spielplätzen sind inzwischen von Vertretern des Kulturbunds mit Dipl. Ing. Thea Weber und Peter Bechert vom Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) erörtert worden. Ebenso fand ein aussichtsreiches Gespräch mit der obersten Leitung von SÖR, mit Bürgermeister Horst Förther und seinem ständigen Stellvertreter für diesen Bereich Ronald Höfler, statt. Der Vorschlag, zunächst die künstlerische Gestaltung eines Kinderspielplatzes in Nürnberg-Langwasser voranzutreiben, wurde positiv aufgenommen.

Die Stadt Nürnberg und ihre entsprechenden Einrichtungen werden gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieses und weitere Projekte dieser Art – etwa auf dem Spielplatz des deutschrussischen Vereins in Nürnberg-Röthenbach – umfassend zu unterstützen. Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly schreibt im Vorwort zum Jahresbericht 2010 von SÖR sehr treffend: „Keine andere Dienststelle der Stadtverwaltung steht so im Blickfeld der Öffentlichkeit wie der Service Öffentlicher Raum, kurz SÖR. Ist die Straße sauber? Ist die Grünanlage gepflegt? Lädt der Spielplatz zum Spielen ein? ... Die Leistungen von SÖR sind für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste der Stadt Nürnberg direkt wahrnehmbar und beurteilbar.“ In diesem Sinne bittet auch der Integrationsrat die Stadt Nürnberg, bei der künstlerischen Gestaltung von Kinderspielplätzen auch die Kulturlandschaften seiner während der letzten Jahrzehnte zugewanderten Mitbürgern einzubeziehen. Da der Servicebetrieb Öffentlicher Raum selbst seinen Auftrag auch dahingehend versteht, „vom Bürger aus zu denken“, sehe auch ich SÖR in Sachen Neugestaltung von Kinderspielplätzen in der Pflicht auch seinen zugewanderten Mitbürgern gegenüber.

## Nachbarschaftsnahkampf oder Kooperation?

**Wie friedliches Zusammenleben mithilfe von Mediation gelingen kann**

Friedrich Popp

Ein Beispiel aus der Praxis zeigt wie Konflikte mithilfe einer Mediation gelöst werden können: Die Häuser der deutschen und der türkischen Nachbarn in der Südstadt liegen nebeneinander.\* Aber die Nachbarn reden nicht miteinander, auch nicht über ihre Probleme. Eine Nachbarin hat das Bedürfnis nach einer Aussprache, wendet sich daher an einen Mediator des „Netzwerkes Interkulturelle Mediation“ und bittet um eine Vermittlung. Der Mediator und seine Kollegin mit türkischer Muttersprache laden beide Nachbarfamilien zu einem Gespräch ein. Einige der vorgetragenen Konfliktpunkte werden während des Gesprächs von der anderen Partei sofort angenommen. Man verspricht z.B. das Hoftor zu ölen, damit es nicht mehr so laut ist. Auch die Wünsche nach einigen optischen Veränderungen im Hof werden umgehend akzeptiert. Aber man bittet um Verständnis, dass die Lautstärke der Kinder nicht einfach mechanisch abgestellt werden kann. Der andere Nachbar verspricht, sein Auto nicht mehr in der Hofeinfahrt zu parken.

Beim Gespräch stellt man plötzlich fest, dass es gar nicht diese deutschen Nachbarn waren, die eine Anzeige gegen ihre türkischen Nachbarn gemacht hatten. Und die türkische Seite erfährt, dass auch Verwandte der deutschen Familie das Nachbarhaus kaufen wollten. Hinter den scheinbar „verfeindeten“ und unüberwindbaren Positionen der Nachbarschaft versteckten sich handfeste Interessen. Doch die Bedürfnisse beider Seiten nach einem friedlichen Zusammenleben in der Nachbarschaft gewinnen die Oberhand. Nun kann man wieder über alle strittigen Punkte miteinander reden. Und diesen Erfolg der Mediation haben die Nachbarn selbst errungen. Die beiden Mediatoren haben dabei geholfen, das Gespräch in Gang zu bringen. Die Mediatoren waren nur der Katalysator.

Obwohl die Menschen eigentlich auf Kooperation und solidarisches Zusammenleben an-

gewiesen sind, kommt es durch Verletzung der persönlichen Interessen und durch unachtsames Verhalten immer wieder zu Auseinandersetzungen und Konflikten.

In der Hektik des Alltags (sowohl im beruflichen Alltag als auch in der Freizeit) begegnen sich viele Menschen nur oberflächlich und es gelingt nur wenigen, sich empathisch und solidarisch mit ihren Mitmenschen auseinanderzusetzen.

In den Nürnberger Stadtteilen mit einem besonderen Entwicklungsbedarf leben die

eine Überschneidung von gemeinsamen Interessen, Neigungen oder Hobbies. Da fast jeder in seiner auf eigenen Vorstellungen konstruierten kleinen Welt lebt, fehlt auch der gemeinsame Gesprächsstoff in der Nachbarschaft. Im Gegensatz zu den dörflichen Strukturen sprechen die Nachbarn in der Stadt oft gar nicht mehr miteinander, höchstens vielleicht noch übereinander. Die Kommunikationsstrukturen vor Ort funktionieren unzureichend oder sind unterentwickelt. Die meisten Menschen gehen auf Distanz und le-

stimmten Orten treffen, kommt es auch zu alltäglichen Konflikten. Überall scheint es eine Person oder eine Personengruppe zu geben, welche die Rolle als ausgegrenzte Minderheit oder – wie es in der Umgangssprache heißt – als „Opfer“ zu erdulden hat.

Bei Konflikten in der Nachbarschaft oder im Gemeinwesen ist für viele Betroffene der Gedanke an ein Gespräch mit der ungeliebten Konfliktpartei am runden Tisch unvorstellbar. Die Positionen sind verhärtet und es wird vielfach argumentiert: „Mit dem kann man ja sowieso nicht reden.“ Statt z.B. den Konflikt mit den Nachbarn zu lösen, flieht man lieber und sucht sich eine neue Wohnung. Verlässliche Zahlen, wie viele Menschen wegen der ungeliebten Nachbarn jährlich umziehen, sind nicht bekannt. Eine Studie aus den Niederlanden hat 2008 ergeben, dass drei Viertel der 1,5 Millionen Menschen, die pro Jahr umziehen, dies aus Ärger über ihre Nachbarn tun (Tagesthemen 06.10.2008). Es ist anzunehmen, dass dies in Deutschland ähnlich ist. Als ein wesentlicher Hauptgrund für den Umzug (62 %) wird die Nähe „lästiger Jugendlicher“ angegeben. Die Toleranzbereitschaft scheint immer mehr zu sinken.

Konflikte im Gemeinwesen, im Stadtteil, in Bürger-, Kultur- und Sportvereinen oder im Umfeld von Behörden, Freizeit- und Bildungseinrichtungen sowie am Arbeitsplatz sind eine Realität und kosten den Beteiligten sehr viel Energie. In besonders schlimmen Fällen können unbearbeitet Konflikte auch zu psychosomatischen Krankheiten führen (z.B. Burnout-Syndrom). Daher ist es wichtig, die Konflikte ernst zu nehmen und sie zu bearbeiten. Entscheidend ist dabei, dass sie mit friedlichen Mitteln gelöst werden.

\* Beispiel anonymisiert  
Kontakt: „Netzwerk Interkulturelle Mediation“ c/o Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg, Tel. 0911/231-10312



Verhüllte Kommunikation ...

Foto: Friedrich Popp

Bewohner der Wohnblocks oft nur nebeneinander und kennen sich kaum. In der Nachbarschaft wohnen manchmal Menschen mit verschiedenen Lebensvorstellungen und -stilen oder unterschiedlicher kultureller Orientierung, Herkunft und Muttersprachen. In den Mietshäusern schreitet die Vereinsamung und Isolierung der Menschen voran. Viele Menschen ziehen sich in ihre „vier Wände“ zurück, denn mit den Nachbarn gibt es kaum

ben eher nebeneinander. Das interkulturelle Miteinander erscheint vielen als eine Utopie. Wenn ein Konflikt z.B. über die nicht gemachte Hausordnung, über den nicht getrennten Müll, über den Lärm der Fußball spielenden Kinder oder die zu laute Musik entsteht, ist ein ungutes Klima vorhanden und die Gefahr der Eskalation nimmt zu. Dort, wo viele Menschen in beengten Verhältnissen im sozialen Nahraum zusammen leben oder sich an be-

## Diskriminierung an der Eingangstür zur Diskothek

Adam Zurawel

**Die Problematik der Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund wegen ihrer ethnischen Herkunft ist facettenreich. Ich konzentriere mich in dem vorliegenden Beitrag auf die Diskriminierung vor Nürnberger Diskotheken und ihre Rechtsfolgen.**

Es häuften sich Beschwerden von Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie ohne nachvollziehbaren Grund von einigen Türstehern der Nürnberger Diskotheken abgewiesen wurden. Daher startete unser Kollege vom Integrationsrat, Herr Dana Karim Rahim, der aus dem Irak stammt, im September 2011 im Zusammenwirken mit dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg einen interessanten Test vor den Eingangstüren der Nürnberger Diskotheken. Auch ihm verweigerten die Türsteher der meisten Diskotheken in Nürnberg den Zutritt. Es bedarf keines psychologischen Tiefgangs, um nachempfinden zu können, wie sich Menschen fühlen, die wegen ihrer Herkunft gedemütigt werden. Liegt die Vermutung nahe, dass einem potentiellen Diskobesucher wegen seiner Hautfarbe, wegen seines Aussehens und daher wegen seiner ethnischen Herkunft kein Einlass gewährt wird, so muss er diese Diskriminierung aber nicht entschädigungslos hinnehmen. Viel-

mehr sieht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vor: Eine Benachteiligung aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, wegen des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität bei der Begründung, Durchführung und Beendigung zivilrechtlicher Schuldverhältnisse, die typischerweise ohne Ansehender Person zu vergleichbaren Bedingungen in einer Vielzahl von Fällen zustan-

de kommen (Massengeschäfte), ist unzulässig. Der Betreiber einer Diskothek darf danach niemanden beim Besuch der Diskothek wegen seiner Rasse oder seiner ethnischen Herkunft diskriminieren, indem er ihm den Zutritt verweigert. Er kann sich hierbei nicht auf sein Hausrrecht berufen, das Diskriminierungsverbot hat

insoweit Vorrang.

Wird einem potentiellen Besucher der Einlass in eine Diskothek dennoch wegen seiner dunklen, auf seine ethnische Herkunft hindeutenden Hautfarbe verweigert,

Foto: Adam Zurawel

führte das Oberlandesgericht Stuttgart in einem viel beachteten Urteil aus, dass die Zurückweisung eines Jugendlichen am Eingang einer Diskothek, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte, erheblich in sein allgemeines Persönlichkeitsrecht eingriff. Das Gericht sprach ihm ein Schmerzensgeld in Höhe von 900 Euro zu, da er durch die Zurückweisung wegen seiner schwarzen Hautfarbe diskriminiert wurde.

Die Wirkung einer solchen gerichtlichen Entscheidung für die Bekämpfung der Diskriminierung liegt auf der Hand. Die Verurteilung zur Zahlung eines Schmerzensgeldes schreckt vor weiteren Ungleichbehandlungen ab und ist oftmals wirkungsvoller als manch eine Sonntagsrede über die Diskriminierung und ihre gesellschaftlichen Folgen.

Jeder Mensch verdient den gleichen Respekt und die gleiche Wertschätzung unabhängig von seiner Herkunft. Diskriminierungen beim Zugang zu Nürnberger Freizeitangeboten müssen und dürfen nicht geduldet werden. Als ultima ratio ist die Gleichbehandlung auch gerichtlich durchsetzbar.



Justizpalast Nürnberg

## BLEIB in Nürnberg und der Metropolregion Nürnberg – Projekt für Flüchtlinge

Claudia Geßl und Sevim Coşkun

Anfang Februar 2011 konnte die 2. Phase des BLEIB-Projektes starten und hat eine Laufzeit bis Oktober 2013. Träger des Projekts in Nürnberg sind der Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer (AAU e.V.) und der Integrationsrat. Es handelt sich hierbei um ein Teilprojekt des Netzwerkes FiBA Ostbayern - „Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung“ unter Federführung des Münchener Amtes für Wohnen und Migration. Zu den strategischen Partnern des Netzwerkes gehören unter anderem die Jobcenter sowie die Agentur für Arbeit Nürnberg. Schirmherr des Nürnberger Teilprojekts ist Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly. Das Projekt „BLEIB in Nürnberg“ wird im Rahmen des XENOS-Programms „Arbeitsmarktlche Unterstützung für Bleibeberichtigte und Flüchtlinge“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert. Der Integrationsrat arbeitet im Rahmen von

nach Italien (Dublin II – Fall - *Das Dublin II – Verfahren ist ein Zuständigkeitsbestimmungsverfahren, welches auf dem Gebiet der EU zzgl. der Schweiz, Norwegen sowie Island gilt. Seit 2003 regelt die Dublin-II-Verordnung, welcher Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist.* (Ausführliche Informationen siehe: [www.asyl.net/uploads/media/dublin\\_vo.scr.pdf](http://www.asyl.net/uploads/media/dublin_vo.scr.pdf)). Einige Flüchtlinge konnten durch unsere Unterstützung als Flüchtlinge anerkannt werden oder wurden nach jahrelanger Integration durch die bayerische Härtefallkommission (gemäß §23 a Aufenthaltsgesetz) aufgenommen.

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich vor allem aufgrund der sehr strikten Auslegung der Gesetze in Nürnberg in Bezug auf die Zulassung oder Versagung einer Beschäftigung. Diese hatte zur Folge, dass einige Teilnehmer nicht in den Arbeitsmarkt vermittelt werden konn-

Insgesamt betreut das BLEIB-Projekt derzeit 249 Teilnehmer/innen aus Nürnberg und der Metropolregion Nürnberg. Wir hoffen, dass der Bundestag erneut eine neue Bleiberechtsregelung für alle Flüchtlinge

beschließt, die länger als sechs Jahre hier leben. Die bisherige Stichtagsregelung war zwar ein wichtiger Schritt zur Abschaffung der Kettenabzüglichungen, allerdings konnten nur wenige davon profitieren.

## Berufliche Anerkennung – eine Chance für den Neuanfang

Adam Zurawel



Adam Zurawel (rechts) neben Radovan Petrovic in der Integrationsratssitzung Foto: Integrationsrat

Die in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund werden oft mit der traurigen Wirklichkeit konfrontiert, dass ihre erlernten Qualifikationen nicht anerkannt werden. Häufig hat die Ausbildung in ihren Heimatländern viele Jahre gedauert. Angekommen in ihrer Wahlheimat müssen sie nun Tätigkeiten ausüben, die weit unter ihren Qualifikationen sind. Dies führt häufig nicht nur zu Frustration und Enttäuschung, sondern ist auch für die Wirtschaft ein enormer Verlust.

Das vom Bundestag verabschiedete und am 1. April 2012 in Kraft getretene Anerkennungsgesetz will diese Missstände beseitigen, indem es rechtliche Möglichkeiten schafft, die im Ausland erworbenen Qualifikationen neu zu bewerten und die erlernten Berufe anzuerkennen. Anerkannt werden können rund 350 Berufe, allerdings nur, soweit sie wie die meisten Handwerksberufe in den Zuständigkeitsbereich des Bundes fallen. Bei der Bewertung der im Ausland erworbenen Abschlüsse werden deutsche Referenzberufe herangezogen und geprüft, ob Inhalt und Dauer der Ausbildungen vergleichbar sind.

Es würde den Rahmen des Artikels sprengen, auf die Einzelheiten des Verfahrens einzugehen und die diffizilen Bestimmungen des Gesetzes darzulegen. Zur weiteren Information sei auf die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingerichtete Homepage „Anerkennung in Deutschland“ (<http://www.anerkennung-in-deutschland.de/html/de/>) verwiesen. Für die in Nürnberg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund hat die Stadt Nürnberg auf Initiative des Integrationsrates eine Informationsstelle errichtet. Interessenten können sich an die Zentrale Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen (ZAQ - Tel. 231-3978) wenden.

Noch vor Verabschiedung des Gesetzes setzte sich der Integrationsrat mit Nachdruck dafür ein, die Kosten des Anerkennungsverfahrens nicht auszufern zu lassen. So appellierte der Integrationsrat an die zuständigen Stellen, insbesondere der Industrie- und Handelskammer Nürnberg und der Handwerkskammer Nürnberg

berg, bei der Festsetzung der Gebühren für das Anerkennungsverfahren in begründeten Fällen von der Gebührenerhebung gänzlich Abstand zu nehmen oder die Gebühren zumindest deutlich zu reduzieren.

Wir sind der Auffassung, dass andernfalls die Gefahr besteht, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund, die zwar anerkennungsfähige Bildungsabschlüsse haben, sich aber das Anerkennungsverfahren nicht leisten können, von der Beantragung aus finanziellen Gründen Abstand nehmen. Damit wären das berufliche Fortkommen und die berufliche Aufwertung solcher Menschen gefährdet. Der Integrationsrat der Stadt Nürnberg hat daher ein vordringliches Interesse daran, dass die Kosten für das Verfahren überschaubar bleiben.

Es hängt vom guten Willen und von der redlichen Anstrengung der zuständigen Stellen ab, das Verfahren für die Menschen mit Migrationshintergrund kostengünstig durchzuführen. Die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse bedeutet auch Respekt und Wertschätzung für die Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Lebensleistung.

Mit der Anerkennungsmöglichkeit der Qualifikationen für bundesrechtlich geregelte Berufe ist das Problem aber noch nicht umfassend gelöst. Daneben gibt es eine Vielzahl landesrechtlich geregelter Berufe, für derer Anerkennung noch keine bzw. keine gesetzlichen Regelungen bestehen.

Hierzu haben bereits die Mitglieder des Integrationsrates Diana Liberova und Adam Zurawel eine entsprechende Initiative gestartet. Der Oberbürgermeister und der Stadtrat werden im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten gebeten, sich dafür einzusetzen, dass politische Anstrengungen zur schnellen Verabschiedung eines geordneten Anerkennungsverfahrens für landesrechtlich geregelte Berufe im Freistaat Bayern unternommen werden.

Besonders betroffen sind die pädagogischen und sozialen Berufsfelder, die nicht in den Anwendungsbereich des Anerkennungsgesetzes fallen könnten. Es besteht ein dringendes Bedürfnis nach einem umfassenden Handeln des bayerischen Gesetzgebers für das Anerkennungsverfahren der landesrechtlich bestimmten Berufe. Der Freistaat Bayern soll eine Vorreiterrolle mit bundesweiter Signalwirkung dahingehend übernehmen, dass auch für die nach dem Landesrecht geregelten Berufe schnell entsprechende Regelungen zu einem Anerkennungsverfahren erlassen werden.

Alle Menschen mit einer der deutschen Ausbildung vergleichbaren Berufsausbildung verdienen eine Chance in ihren erlernten Berufen zu arbeiten. Für diese Menschen und für ihre Chancengleichheit werden wir uns als Integrationsrat weiter einsetzen.



Flüchtlinge mit Beraterinnen von BLEIB

Foto: Integrationsrat

„BLEIB in Nürnberg“ vor Ort und ist für die Teilnehmeraquisition, Flüchtlingsberatung, Multiplikatorenarbeit, Netzwerkarbeit, Herausgabe von Veröffentlichungen, für regelmäßige Besuche von Flüchtlingsunterkünften und der Organisation von Veranstaltungen zuständig. Für die berufliche Qualifizierung und Beschäftigung erfolgt eine Weiterleitung der Teilnehmer an den AAU e.V.

Exemplarisch für die Öffentlichkeitsarbeit standen zuletzt zwei Veranstaltungen, die auch in der Presse Widerhall fanden:

- Informations- und Diskussionsveranstaltung „Jugendliche mit Duldung“ im Rahmen der Interkulturellen Wochen am 13.10.2011;
- Veranstaltung und Unterschriftensammlung aus Anlass der Innenministerkonferenz am 07.12.2011 in der Nürnberger Innenstadt mit vielen Gesprächen.

Ziel des Projektes ist die arbeitsmarktlche Unterstützung für Bleibeberichtigte und langjährig geduldete Flüchtlinge aus der Metropolregion Nürnberg und der Oberpfalz, die Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Die Flüchtlinge sollen beraten und gefördert werden, um dauerhaft in Beschäftigungsverhältnisse eingegliedert zu werden.

Allein im Jahr 2011 wurden bereits über 49 Teilnehmer in Nürnberg und 35 in Ansbach in berufsbezogene Deutschkurse vermittelt, 10 in Arbeit oder Ausbildung, 20 nahmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil und 3 wurden in Praktika zur beruflichen Vorbereitung vermittelt. Mehrere Abschiebungen konnten abgewendet werden, z.B. die eines Jugendlichen nach Nigeria oder eines schwerkranken Jungen nach Nürnberg.

ten, obwohl die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und ein Einstellungsinteresse bei Unternehmen vorlagen. In einem Fall lag sogar eine feste Zusage für einen Ausbildungsort vor, den der betreffende Jugendliche aber (noch) nicht antreten konnte. Aufgrund seiner Duldung (Aussetzung der Abschiebung) erhält er keine „Arbeitserlaubnis“, obwohl sein Fall in nächster Zukunft in der Härtefallkommission behandelt werden wird. Eine weniger restriktive Auslegung des „Arbeitsverbots“ in Nürnberg wäre nicht nur im Sinne der BLEIB-Klient/innen, sondern würde auch der Arbeitsmarktlage (starke Nachfrage nach Facharbeitskräften) gerecht werden.

Schwierige Umstände ergeben sich derzeit besonders in den vielen Asylbewerberunterkünften in der Metropolregion Nürnberg und in Nürnberg, denen keine Betreuung durch Sozialarbeiter zur Verfügung steht, wie beispielsweise in Erlangen-Höchstadt (ca. 200 Personen) oder in drei Unterkünften in Nürnberg (ca. 200 Personen). Diese Personen sind sich völlig allein überlassen und haben einen hohen Bedarf an Informationen und Aufklärung.

Des Weiteren sind viele Iraker/innen nach dem Asylwiderruf in Nürnberg in die Duldung gefallen, da sie keinen gültigen Nationalpass bekommen können. Der Presseartikel der Nürnberger Nachrichten vom 09.09.2011 über den Fall von Farhad Ahmad ist beispielhaft für die restriktive Auslegung der Gesetze gegenüber Iraker/innen. Die Iraker sind neben den Iraianern und Äthiopiern eine der größten Nationalitätengruppen, die das Projekt betreut.

## Notwendige Verbesserung oder Zusatzbelastung?" „Patientenvertreter / Patientenfürsprecher im Krankenhaus“

Lemia Yiyit

### Ist die Patientenvertretung in einem Groß-Krankenhaus überflüssig?

Erst vor kurzem diskutierten wir mit Frau Gabriele Hartl, die Patientenbeauftragte Bayerns, angesiedelt im Gesundheitsministerium München, darüber, ob denn die Patientenvertretung nicht überflüssig sei, da das Klinikum ja ein Beschwerdemanagement habe.

In der Praxis ist es jedoch so, dass sich Beschwerdemanagement und Patientenvertretung nicht widersprechen, sondern ergänzen. Dieser Meinung ist auch die Klinikumsleitung, die weder auf das Eine noch auf das Andere verzichten möchte.

Ich erinnere mich noch genau an meinen ersten Einsatz als Patientenvertreterin vor acht Jahren im Südklinikum. Ein Arzt aus der Frauenklinik rief mich im Büro der Patientenvertretung an: „Können Sie vorbei kommen, wir haben ein Kommunikationsproblem mit einer Patientin und wissen nicht weiter.“ Ich dachte, wenn die Ärzte nicht mehr weiter wissen, wie soll es mir dann möglich sein, weiterzuhelpfen. Die Patientin, um die es ging, ließ sich zuerst auch von mir nicht beruhigen, da sie aufgrund des Gespräches mir unterstellte, nur für das Klinikum zu sprechen. Ich konnte sie jedoch überzeugen, dass wir Patientenvertreter an erster Stelle für den Patienten da sind und eigenständig und unabhängig unsere Aufgaben wahrnehmen.

### Muss ich jetzt sterben?

Oft läuft auch etwas mit der Verständigung schief. Patienten und Angehörige beschweren sich darüber, dass sich Ärzte und Pflegepersonal zu wenig Zeit für Gespräche nehmen können. Einmal hat ein älterer Patient mich sehr beeindruckt. Weinend erzählte er mir, dass er wahrscheinlich bald sterben werde, da nach den ganzen Untersuchungen vor einigen Tagen kein Arzt vorbeigekommen sei, um mit ihm

über die Untersuchungsergebnisse zu sprechen. „Niemand traut sich, mir die Wahrheit zu sagen.“ meinte er.

Auch Patienten mit Migrationshintergrund vertrauen ihr Anliegen lieber einer unabhängigen Institution an. Wenn der Ansprechpartner auch Migrationshintergrund hat oder die gleiche Sprache spricht, ist das Vertrauen noch größer.

Einmal kam ein türkischer Vater sehr wütend zur Sprechstunde. Seine Frau, die kein

Deutsch verstand, hatte im Südklinikum entbunden. Sie warteten seit Stunden auf die letzte Untersuchung und das Abschlussgespräch mit einer Ärztin. Er war der Meinung, dass die Ärztin sie absichtlich warten lasse, weil sie was gegen Ausländer habe. Er nahm Frau und Kind und ging nach Hause, ohne Entlassungsschein. Nach einem Gespräch mit der betreffenden Ärztin stellte sich heraus, dass der Ehemann 40 Minuten zu spät zum Termin erschienen war, weil er im Stau steck-

te. In der Zwischenzeit musste die Ärztin zu einem Notfallpatienten, so kam es zu einer langen Wartezeit.

### Seit 35 Jahren ehrenamtliche Patientenvertreter im Klinikum Nürnberg

Die Mitglieder der Patientenvertretung werden von den Parteien vorgeschlagen und vom Verwaltungsrat des Klinikums für drei Jahre gewählt. Sie sind unabhängige Empfänger von Beschwerden, Anregungen und Verbesserungsvorschlägen der Patientinnen und Patienten des Klinikums.

Seit 1994 wird auch ein(e) Patientenvertreter(in) mit Migrationshintergrund gewählt, die/der bisher vom ehemaligen Ausländerbeirat vorgeschlagen wurde. Ich gehöre seit 2004 zu den ehrenamtlichen Patientenvertretern im Klinikum Nord und Süd.

Unsere Aufgabe ist es, den Patienten bei allen Problemen, die durch ihren Aufenthalt im Krankenhaus bedingt sind, behilflich zu sein. Meist kommen Patienten oder Angehörige dann zu uns, wenn sie ihre Probleme den verantwortlichen Mitarbeitern der behandelnden Klinik nicht anvertrauen wollen oder wenn sie nicht wissen, wer für ihre Probleme zuständig ist.

Manche wollen sich aber auch nur den Ärger von der Seele reden, für andere wiederum vermitteln wir ein Gespräch oder leiten die Beschwerde weiter z.B. an das Beschwerdemanagement oder an die zuständige Klinik.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass der Dienst der Patientenvertretung gerne und dankbar angenommen wird. Die Zusammenarbeit mit dem Beschwerdemanagement, dem Klinikpersonal, der Klinikumsleitung und der Patientenvertretung ist hervorragend. Die Klinikmitarbeiter sind grundsätzlich bemüht, den Patienten die beste Versorgung zu bieten.



Vorne v.r.n.l.: Patientenvertretung Frau Juliane Freund, Frau Britta Bungartz, Frau Lemia Yiyit, Herr Dr. Estemann (Vorstand Klinikum); hinten v.r.n.l.: Frau Ritta Heider (Patientenvertretung), Herr Schuh (Personal- und Patientenversorgung), Herr Hirth (Beschwerdemanagement)

Foto: NZ-Pressefoto Harald Sippel

## 2. Nürnberger Integrationskonferenz

Horst Göbbel

Nürnberg und Integration – dieses Paar passt zusammen. Dies war auch auf der 2. Nürnberger Integrationskonferenz mit dem Motto „Facetten der Interkulturellen Öffnung“ im südpunkt am 28. April 2012 deutlich sichtbar. Lockerheit bei größter inhaltlicher Konzentration war angesagt. Der Rahmen war einladend, die Organisation durch Mitglieder der Koordinierungsgruppe Integration der Stadt klug durchdacht und überzeugend umgesetzt. Etwa 240 engagierte Personen aus dem Bereich Integration tauschten sich über Herausforderungen und Zukunftsperspektiven von interkultureller Öffnung in verschiedenen Bereichen aus. Zunächst gab es im Plenum die obligaten und zugleich sehr treffenden einführenden Worte zur gleichberechtigten Teilhabe von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Diana Liberova, Vorsitzende des Integrationsrates. Es folgte ein kabarettistischer Zwischenstopp des scharf denkenden, versierten Zeitgenossen und begabten Künstlers Fatih Cevikkollu aus Köln („Hintergrundiges



Vera Davydova und Antonio Fernandez diskutieren mit Vertreter/innen von Zuwanderervereinen über die interkulturelle Öffnung

Foto: Integrationsrat

aus „Fatihland“), danach der klare, sehr konkret auf manche Diskriminierungstatsachen hinweisende, flüssige Vortrag der Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Christine Lüders „Interkulturelle Öffnung als Teil einer kommunalen Vielfaltspolitik.“ Ihr zentrales Credo lautet: Solange die Personalstellen in den Kommunen so besetzt sind, wie bisher – also die Vielfalt der Bevölkerung der Städte nicht genügend berücksichtigend – wird sich auch künftig nicht viel ändern. In den 8 produktiven Workshops ging es um viel und es wurde viel erörtert: Sprachenvielfalt – Chancengleichheit, Grundzüge diversitätsensibler Öffentlichkeitsarbeit, Vielfalt als Wirtschaftsfaktor, Nutzung sozialer und kultureller Vielfalt im Stadtteil, Alter in Vielfalt, Diversity als Programm für die Zukunft?, Interkulturelle Öffnung der Zuwanderervereine. Das mit feinem Gespür von Jürgen Markwirth gekonnt geführte Ergebnisgespräch „Impressionen aus den Workshops“ beendete eine ergebnisreiche Integrationskonferenz.

## Gemeinsam schaffen wir viel

**Öffentliche Aktionen und Aktivitäten des Integrationsrates Juni 2011 – Mai 2012**

Diana Liberova



MdB Michael Frieser (2. v. r.) zu Besuch im Integrationsrat, hier mit dem Vorstand Foto: Integrationsrat

Der Wind der Politik bläst schnell und so kann die Aktion von gestern schon heute verschwinden, ein Anliegen kann sich verändern, eine Nachricht veralten und eine Veranstaltung vergehen. Was übrig bleibt, sind die Erinnerungen und die Themen, die mit diesen Aktionen verfolgt wurden. Politik bedeutet leider auch – sei es in einer Sitzung der Integrationskommission des Stadtrats oder in einer Besprechung der Mitglieder des Integrationsrates – dass man über die Menschen und nicht mit den Menschen spricht. Umso wichtiger ist es daher, dass man durch die Diskussionen und Teilnahme an Veranstaltungen direkt ins Gespräch mit Menschen kommt.

Im folgenden sollen daher einige Aktivitäten des Integrationsrates der letzten 12 Monate benannt werden.

Traditionsgemäß nahmen wir im Sommer 2011 mit einem Infostand am Gostenhofer Stadtteilfest und am Südstadtfest teil.

Der Herbst 2011 startete dann mit politischen Themen. Die Interkulturellen Wochen brachten viele Diskussionen um die politische Teilhabe der Zugewanderten und die rechtliche Situation bestimmter Ausländergruppen – besonders der Asylsuchenden. Wir organisierten Ende Sept. die dreiwöchigen Interkulturellen Wochen und stellten ein Programmheft aller einschlägigen Veranstaltungen zusammen. Zum Auftakt der Wochen führten wir die

Veranstaltung „Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Politik“ durch und diskutierten mit den Vertretern der Parteien. Wir bateten Nachwuchspolitiker mit Migrationshintergrund auf das Podium. Im Rahmen des Flüchtlingsunterstützungsprojektes BLEIB führten wir die Veranstaltung „Jugendliche mit Duldung – Integration oder Ausgrenzung in Nürnberg?“ durch. Zur Innenministerkonferenz machten wir einen Infotisch für ein neues Bleiberecht für Flüchtlinge mit langjähriger Duldung.

Die Verleihung des Interkulturellen Preises an die Filmemacher Gülsären Suzan und Jochen Menzel war ein besonderer Höhepunkt, die Preisverleihung mit einer kurzen filmischen Darstellung einiger Werke wurde von zahlreichen Teilnehmern besucht. Mit dieser Verleihung hatte der Integrationsrat im Jahr 2011 Preisträger, deren Verdienste um die Integration weit über die Grenzen Nürnbergs bekannt sind. Solche Preisträger machen Mut und zeigen, wie sich die Gesellschaft verändert und was im Bereich der Integration schon alles passiert.

Ein weniger erfreuliches Thema begleitete uns dann nach der Aufdeckung der NSU-Terrorzelle. Die Euphorie, die wir bei der Preisverleihung verspürten, wurde durch die Ereignisse bzw. Erkenntnisse der rassistischen Mordserie gedämpft. Plötzlich hatte sich die Diskussion

stark verändert. Wir setzten am 10. Dezember 2011 ein Zeichen und beteiligten uns an der großen Aktion „Frei von Furcht in Deutschland leben“, welche von der Allianz gegen Rechtsextremismus der Metropolregion Nürnberg getragen wurde. Die Integrationsräte nahmen sich die Aktion zu Herzen und waren nicht nur anwesend. Sie teilten Kerzen aus, waren als Ordner eingesetzt. Wir haben diese Veranstaltung als unsere gemeinsame Aktion angesehen und haben an dem Tag eine hohe Solidarität aller Beteiligten gespürt.

Der Jahreswechsel machte sich durch Weihnachtsfeiern und Neujahresempfänge bemerkbar. Den Abschluss machte dann der Empfang des Integrationsrates am 27. Januar 2012. Hier sprach der Oberbürgermeister über die Verantwortung in Europa und über das friedliche Miteinander, das schnell durch solche Morde, wie die der NSU in Frage gestellt wird. Am Neujahrsfest nahmen zahlreiche Gäste aus Politik, Gesellschaft, Verwaltung und Vereinen teil.

Neben der Beteiligung der Integrationsräte an vielen Veranstaltungen und Tagungen, waren unsere Delegierten auch bei der Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns e.V. (AGABY).



Oberbürgermeister und Vorstand des Integrationsrates beim Neujahrsfest Foto: Integrationsrat

mokratie im April und der Besuch von Frauen im Asylbewerberwohnheim, die Ehrenamtlichenbörse der AWO und die Veranstaltung des Stadtteilforums in Langwasser. Besonders die Situation der Flüchtlinge bewegte uns, bei einem Gespräch mit Flüchtlingsfrauen in einer Asylbewerberunterkunft konnten wir uns



Integrationsrat im Gespräch mit Stadträten, v.l.n.r.: Dimitrios Krikilis, Elke Leo, Brigitte Wellhöfer, Angelika Hauk, Lemia Yiit, Eftichios Kalenteridis Foto: Integrationsrat

An dieser Beiratsbörse in Fürth präsentierten wir uns mit einem Infotisch. Einer der Schwerpunkte dieser Tagung und der anschließenden Vollversammlung waren die Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen und der Umgang mit der rechtsextremen Gewalt und Rassismus. All dies sind schwierige und wichtige Themen - für die Integration und für die Zukunft Deutschlands. Es folgten weitere Aktivitäten wie die Teilnahme am Fest der De-

von den unwürdigen Lebensbedingungen dort überzeugen.

Mehrere Vertreterinnen und Vertreter des Integrationsrates besuchten Veranstaltungen der Zuwanderervereine und der Institutionen, um die Anliegen der Menschen kennen zu lernen und die eigenen Ideen auf dem Weg zu mehr Miteinander in Nürnberg auszutauschen.

Es gab noch weitere Aktivitäten sowie eine Vielzahl von Anträgen an den Stadtrat, die wir in unserem Info WIR in unregelmäßigen Abständen veröffentlichen (siehe auch unsere Internetseite). Besonders freuen wir uns, dass auf Vorschlag des Integrationsrates eine „Zentrale Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion“ (ZAQ) beim Bildungszentrum der Stadt Nürnberg eingerichtet wurde, um die Betroffenen als Erstanlaufstelle zu beraten (Tel. 211-3978).

Viel ist geschehen und vieles haben wir noch vor. Ich bedanke mich als Vorsitzende an dieser Stelle bei den Mitgliedern des Integrationsrates für ein intensives und erfolgreiches Mittenken, Mitreden, Mittun. Ich freue mich auf die zukünftigen Diskussionen – bei den Sitzungen, Veranstaltungen, Festen oder einfach bei Begegnungen jeder Art. Wir sind überzeugt: Wir werden es schaffen, für alle Bürger – gleichgültig ob mit oder ohne Zuwanderungsbiografie – eine gemeinsame Zukunft in der bunten Stadt Nürnberg mit zu gestalten.



Zahlreiche Besucher beim Neujahrsfest des Integrationsrates im Rathaus Foto: Integrationsrat